

# Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



München, 3. Oktober 2018: Demonstration von 40 000 gegen das bayerische Polizeigesetz

- **Bundesregierung und Diktator – Verletzung von Menschenrechten und Demokratieabbau stören nicht bei intensiven Geschäften**
- **Europa sozial – und gegen rechts! DGB zur Europawahl**
- **G 20: Abschlussbericht der Fraktion Die Linke Hamburg**
- **Einkommensungleichheit in der EU**
- **Ein steinerner Bezugspunkt für lebendige Aktionen**
- **Kalenderblatt: 1938, Schweiz, Rätoromanisch als vierte Landessprache**

***Beilage: Rundbrief Nr. 21 der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung***

**Ausgabe Nr. 10 am 11. Oktober 2018, Preis 4,00 Euro**

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

# Vor dem Gipfel über den Austritt Großbritanniens aus der EU

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

So ganz versteht man die kühle Haltung der 27 anderen EU-Mitgliedsstaaten gegenüber der Tatsache, dass ein Land das gemeinsame Projekt verlässt, nicht. Jenseits der wirtschaftlichen Win-Win-Realität aller EU-Staaten ist das Bündel an Verschiedenheit, was sich da Regeln für ein geordnetes Auskommen miteinander gegeben hat, zu einem Wert an sich geworden. Und der Verlust eines jeden aus diesem Bündel würde das Koordinatensystem verschieben, in dem sich jedes einzelne Mitgliedsland verortet. Besonders unangenehm ist die Vokabel der Rosinenpickerei – geht es etwa ohne den gegenseitigen Vorteil? „Wenn die Briten am Ende nur eine Art Sommerhausregelung verlangten, würde es daran wohl nicht scheitern“, zitiert die FAZ vom 8.10.18 einen EU-Diplomaten. Er spielt damit auf eine für Dänemark erlaubte Ausnahmeregelung von den vier Grundfreiheiten der EU [Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr] an: Ferienhäuschenverkäufe an Nicht-

Dänen müssen ministeriell genehmigt werden. Viele Firmen, Banken, Verbände spekulieren über die Folgen und daher über Vorsorgemaßnahmen für den Fall des Brexits. Nur wenige gehen davon aus, dass der Termin 29. März 2019 für diesen Bruch in der Kontinuität europäischer Einigung noch fallen könnte. Der Blick auf die wirtschaftlichen Folgen fällt sowohl in Großbritannien als auch in Rest-EU zweigespalten aus und bewegt sich im Rahmen der Spekulation – Befreiung und damit explosive wirtschaftlichen Aufschwung auf der einen Seite, Einbußen, Verarmung, Jobverluste auf der anderen. Vielleicht ist es gut, endlich zu begreifen, dass es auf die Politik des Umgangs mit den neuen Tatsachen ankommt, anstatt auf das Wunder des „Zurück auf Los“ vor dem Brexit-Referendum zu hoffen.

## EU-Gipfel in Salzburg

EU-Präsident Donald Tusk hatte vor dem informellen Salzburger Gipfel Ende September betont, „dass einige der Vorschläge von Premierministerin May von Chequers eine positive Entwicklung des britischen Ansatzes sowie den Willen erkennen lassen, die negativen Auswirkungen des Brexit zu minimieren. Damit meine ich unter anderem die Bereitschaft zu einer engen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Außenpolitik.“ (offizielles Statement des Europäischen Rats vom 21.9.18). „Entweder Chequers oder kein Deal“ – mit diesem Statement hatte May allerdings eine zu hohe Hürde aufgebaut. Am deutlichsten machte dies Emanuel Macron. Der Daily Telegraph geiferte: „Der französische Präsident zwang Tusk die Ankündigung eines außerordentlichen Gipfels für November in die Tonne zu treten und erklärte: ‚Brexit ist die Wahl der Briten (im Original „British people“) ... aufgestachelt von denjenigen, die einfache Lösungen voraussagten ... Diese Leute sind Lügner ... am Tag nach dem Referendum haben sie sich vom Acker gemacht und müssen somit den Brexit nicht managen.“ Obwohl May im Vorfeld viele Einzelgespräche mit Regierungschefs in Europa geführt hatte, kam sie kam faktisch mit leeren Händen aus Salzburg zurück, was die Wadenbeißer im eigenen Land in der eigenen Partei der Konservativen geifern ließ: „Demütigung“ (humiliation) war das Wort der Stunde. Neuwahlen im November wurden prognostiziert, das eigentliche Problem in einer Führungskrise ausgemacht – Jacob Rees-Mogg (der

Ober-Brexiteer): „May’s time as leader is up“. Es kam anders.

## Tory-Parteitag in Birmingham

Boris Johnson, der sich gerne als englische Version des Donald-Trump-Politikertyps inszeniert, hat seine Stunde gehabt – gestärkt aber ist die Position von Theresa May aus dem Parteitag hervorgegangen. Der als Nachfolger von May gehandelte Rees-Mogg, der sich wohl noch bis Mitte nächsten Jahres gedulden wird müssen (dort sollen dann Wahlen sein), versucht es mit Anleihen bei der Labour-Partei: „Die Tories sollten mehr wie Labour sein und ihren Aktivisten erlauben, zu debattieren und damit zu helfen, Politik zu entscheiden ...“, mehr demokratisches Engagement für die Graswurzelbewegungen würde der Partei Energie liefern. Die Auseinandersetzung innerhalb der Konservativen ist eine strategische: setzt sich Mays Vision eines neuen Konservatismus durch, nachdem sie den sogenannten Cameronismus (nach David Cameron, dem Hauptverantwortlichen dafür, dass das Brexit-Desaster überhaupt auf diese Weise beginnen konnte) abgelöst hat als einzig übrig gebliebene Kandidatin vor zwei Jahren? Sie hat erneut gezeigt, dass sie die Autorität hat, die Partei zu ermahnen: wenn jeder weiterhin seiner Vision eines perfekten Brexits nachjage, sei die Gefahr groß, am Ende keinen Brexit, dafür aber den Verlust des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu riskieren“. Großer Beifall!

## Parteiensystem in Großbritannien im Allgemeinen, Labour im Besonderen

Im Land ohne geschriebene Verfassung mit einer langen demokratischen Tradition und einem Mehrheitswahlrecht, das es „Newcomern schwermacht“ ist, so ein Kommentar von Jochen Buchsteiner in der FAZ vom 5. Oktober, zeige sich eine Robustheit gegen populistische Strömungen, wie sie in anderen europäischen Ländern nicht anzutreffen sei. „Politische Ruhe garantiert das nicht. Viele sehen im Brexit die gleiche populistische Erhebung, die sich in Polen, Ungarn oder Italien in Form von Regierungswechseln vollzogen hat. Aber die Spaltung, die der Brexit in der britischen Gesellschaft verursacht hat, wird anders verdaut als auf dem Festland. Sie verläuft entlang einer politischen Frage, nicht entlang neuer Parteigrenzen. Dass die Auseinandersetzung innerhalb der „großen Zelte“ ausgetragen wird, wie die beiden Volksparteien im Königreich traditionell genannt wer-

## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK  
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rü), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros). Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

den, hat eine integrierende, stabilisierende und auch befriedende Funktion“.

#### Und Labour?

Erstens: das Mantra: „Wir reden nicht über Vorschläge für die Brexit-Verhandlungen, wir wollen an die Regierung und dann machen wir alles viel besser“, wurde auf dem Liverpools Parteitag (23. bis 26.9.18) bestätigt. Viele Labour-Mitglieder wollen zwar ein neues Referendum, im Zweifelsfall will Labour gegen ein „schlechtes Brexit-Abkommen“ stimmen (die Abgeordneten in Westminster müssen zustimmen: May hat nur eine knappe Mehrheit von 13 Abgeordneten im 650 Sitze großen Parlament).

Zweitens: „Corbyn gewann 2015 die Wahl zum Parteivorsitzenden mit einem Erdrutschsieg, weil er als Mann von Grundsätzen gilt, der sich nicht beirren und nicht von Wahlkampfverwägungen, den Medien oder sonst irgendjemandem beeinflussen lässt. Seine moralische Überzeugung war sein Schwert und Schild“, schreibt Neal Lawson für das Journal „Internationale Politik und Gesellschaft“, eine „Debattenplattform für Fragen internationaler und europäischer Politik“, angesiedelt bei der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Lichtgestalt hat Flecken bekommen, Antisemitismus wird ihm persönlich vorgeworfen, es stellt sich aber heraus, dass es da ein größeres Problem innerhalb von Labour gibt.

Drittens: mit „Momentum“, einer im Oktober 2015 von Jon Lansman gegründeten Bewegung, die auf lokaler Ebene offene Unterstützungsgruppen für eine

#### INFO: Chequers Pan

Erläuterungen zum sogenannten Chequers-Plan für die Wirtschaftsbeziehungen mit der EU nach dem Brexit (übrigens hat das nichts mit „checken“ zu tun, sondern ist schlicht der Name von Mays Landsitz, auf dem das Kabinett im Juli 2019 den Plan erarbeitet hat):

Der Plan sieht eine Freihandelszone mit der EU für Waren, aber nicht für Dienstleistungen wie Bankgeschäfte vor. Auch die Arbeitnehmerfreizügigkeit des europäischen Binnenmarkts wird abgelehnt. Es wird jedoch ein „Mobilitätsrahmen“ geschaffen, der es britischen und EU-Bürgern ermöglicht, gegenseitig in die Gebiete des anderen zu reisen und sich für Studium und Arbeit zu bewerben.

Das Vereinigte Königreich und die EU werden als „kombiniertes Zollgebiet“ behandelt: das Vereinigte Königreich würde Regelungen gemäß Inlandszöllen und Handelsrichtlinien für Waren, die für das Vereinigte Königreich bestimmt sind, anwenden, für Waren, die

schließlich in die EU gelangen würde, aber EU-Zölle und deren Äquivalente. Die Idee ist, dass dadurch die Notwendigkeit einer sichtbaren Grenze zur Republik Irland vermieden würde.

Der Plan sieht Zulässigkeit von eigenen Handelsabkommen vor.

Es wird ein „gemeinsamer institutioneller Rahmen“ zur Auslegung von Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU geschaffen. Dies würde im Vereinigten Königreich von britischen Gerichten und in der EU von EU-Gerichten durchgeführt. Die Entscheidungen der britischen Gerichte würden jedoch „die Berücksichtigung der EU-Rechtsprechung in Bereichen, in denen das Vereinigte Königreich weiterhin ein gemeinsames Regelwerk anwendet“, beinhalten.

Die Fälle werden weiterhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) als Dolmetscher der EU-Vorschriften verhandelt, können aber „keine Streitigkeiten zwischen den beiden Parteien lösen“.

linke Position innerhalb Labours gegründet hat und sich für die Vernetzung von „Graswurzelinitiativen“ stark gemacht hat, ist Labour eine viel beachtete Strömung innerhalb der Partei zugewachsen. „Kritiker werfen Momentum vor, hauptsächlich die Abwahl von Corbyn-Gegnern zu beabsichtigen und trotzkeitsch unterwandert zu sein. Momentum-

Sprecher weisen das mit Blick auf ihre basisdemokratische Orientierung und ihr junges Alter zurück.“ So zitiert Wikipedia den „Telegraph“.

#### Nächste Termine:

17./18. Oktober: Brexit-Gipfel

29. Oktober: Haushaltsberatungen in London.

## Bundesregierung und Diktator – Verletzung von Menschenrechten und Demokratieabbau stören nicht bei intensiven Geschäften

RUDOLF BÜRGEL, KARLSRUHE

Der Einbruch der türkischen Wirtschaft hat sich Anfang Oktober noch einmal verschärft. Die Preissteigerungsrate stieg im Vergleich zum Vorjahr auf 24,52 Prozent, die türkische Lira verlor seit Jahresbeginn 40 Prozent ihres Außenwertes. Kleine und mittlerer Betriebe sind durch den Kurseinbruch gefährdet, da wichtige Bauteile aus dem Ausland kommen. Die Automobilproduktion ist um 42 Prozent eingebrochen.

Der jahrelange Wirtschaftsaufschwung auf Pump, d.h. durch Kredite von den internationalen Finanzmärkten, macht die Lage immer schwieriger. Diese Kredite müssen in Dollar bzw. Euro getilgt werden. Die großen türkischen

Banken kommen aber derzeit kaum an das nötige Geld ran.

Die staatliche Regulierungsbehörde erhöhte zum vierten Mal in den letzten vier Monaten die Tarife für Strom und Gas. Sie steigen um neun Prozent für Privathaushalte und 18,6 Prozent für gewerbliche Kunden. Die Produktions- und Lebenshaltungskosten steigen unaufhaltsam. Im September erließ die AKP-Regierung eine Verordnung, wonach ausländische Unternehmen 80 Prozent ihrer Exporterlöse in türkische Lira zwangskonvertieren müssen.

Mehr als 6.500 deutsche Firmen mit 120.000 Beschäftigten sind in der Türkei aktiv. Die deutschen Direktinvestitionen lagen mit 295 Millionen Dollar deutlich unter dem Vorjahreswert. Für die türki-

schen Exporte ist Deutschland der wichtigste Absatzmarkt.

Der Krieg in Syrien und im Irak sowie in den kurdischen Gebieten der Türkei verschlingt Milliarden. Erdogans Ankündigung vor der UN-Vollversammlung, den syrischen Norden vom Mittelmeer bis zum Irak „von Terroristen zu säubern“ und die gewaltige Aufrüstung des Repressionsapparates in der Türkei verdeutlichen den weiteren Kurs des AKP-Regimes.

Das waren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei dem Besuch Erdogans in Deutschland. Bei allen auch in der Öffentlichkeit zu Tage getretenen Differenzen, die Interessen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft liegen auf der Hand: an einer instabilen

Türkei besteht kein Interesse. Das wird an den wenigen bekannt gewordenen verabredeten Geschäften deutlich. Menschenrechte oder Demokratie spielen dabei keine Rolle, wenn Geschäfte locken.

Für 35 Milliarden Euro soll das Bahnnetz der Türkei modernisiert werden, mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland. Unter Führung von Siemens sollen Deutsche Bahn und weitere Firmen neue Strecken planen, alte sanieren und moderne Signaltechnik installieren. Schon im April hatte Siemens einen Großauftrag von der türkischen Staatsbahn über 340 Millionen Euro für den Bau von zehn neuen Hochgeschwindigkeitszügen erhalten, einschließlich der Wartung über mehrere Jahre. Damit ist der Vertrag über Siemens-Velaro-Züge seit 2009 auf 17 angewachsen. Ende letzten Jahres hatte Siemens zudem den Zuschlag für den über eine Milliarde umfassenden Auftrag für eine Windturbinenfabrik und den Bau von fünf Windparks mit 1.000 Megawatt-Leistung erhalten.

Kein Wunder also, dass Erdogan sich mit Siemens-Chef Kaeser in Berlin traf und dort auch noch den Aufbau einer Produktion für medizinische Geräte besprach.

Unter Dach und Fach gebracht werden sollen der 35-Milliarden-Deal und

weitere Geschäfte bei dem Besuch von Bundeswirtschaftsminister Altmeier am 25. Oktober in der Türkei.

Dass die Bundesregierung und deutsche Firmen im Syrienkrieg aktiv mitmischen, haben wir mehrfach in den „Politischen Berichten“ dokumentiert. Auch nach der völkerrechtswidrigen Besetzung Afrins gehen die von der Regierung genehmigten Waffenverkäufe an die Türkei weiter. Das kam bei einer Anfrage der Linksfraktion im Bundestag heraus. So genehmigte das Wirtschaftsministerium der Firma TDW aus Bayern den Verkauf von Bauplänen und der Produktionslizenz an das türkische Unternehmen Roketsan zum Bau von Raketensystemen und Gefechtsköpfen, die sowohl terrestrisch als auch von Drohnen abgefeuert werden können.

Zwischen dem 14. März und 30. Juni stimmte die Bundesregierung fünf Waffenverkäufen im Wert von 420.000 Euro zu. Während des Kampfes um Afrin vom 1. Januar bis 13. März wurden 34 Waffenverkäufe für 10 Millionen Euro genehmigt. 2017 waren es 138 für 34 Millionen, 2016 für 83,9 Millionen.

Zur Gewährleistung des Flüchtlingsdeals mit Ankara finanziert die EU mit 80 Millionen Euro den Bau des Grenzzaunes zu Syrien und die Überwachungstechno-

logie. 35,6 Millionen Euro gehen an die Firma Otokar zum Bau der Panzer Cora II. Diese werden an der Grenze – aber auch im Landesinnern – eingesetzt. Für weitere 30 Millionen von der EU baut die Rüstungsfirma Aselsan gepanzerte Überwachungsfahrzeuge.

Wie Hohn kommt dann die notwendige Streichung von 70 Millionen Euro an Beitrittshilfe wegen mangelhaften demokratischen Fortschritts durch EU-Kommission und -Parlamentsbeschluss von Anfang Oktober daher.

Bundeskanzlerin Merkel hat sich auf der Pressekonferenz mit Erdogan in Berlin für einen Syriengipfel über die Situation in Idlib noch im Oktober ausgesprochen. Teilnehmer sollen Russland, Frankreich, Deutschland und die Türkei sein. Sollte der Gipfel stattfinden, ist Deutschland direkt in Syrien involviert und verquickt sich im Falle von Idlib mit der Situation von Tausenden Kämpfern von Al-Qaida und IS. Das wäre eine neue Qualität, mit der Deutschland in den Syrienkrieg einsteigt.

Wirtschaftswoche 27.09.2018; Westfälische Rundschau 04.10.2018; Welt 04.10.2018; Euroactive 27.09.2018; Tagesspiegel 02.10.2018, Focus online 11.09.2018 und 19.10.2018, Nex24news 14.04.2018, ANF 17.09.2018, 26.09.2018 und 02.10.2018, menatwatch Naher Osten 08.07.2018

## **DOI Serhat Varto, Mitglied des Diplomatikomitees der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans), über die Beziehungen der Demokratischen Föderation Nordsyriens zum syrischen Regime und mögliche Szenarien der anstehenden Idlib-Operation, 18.9.2018**

*Warum kam es genau jetzt zu den Angriffen syrischer Regimekräfte in Qamislo gegen die lokalen Sicherheitskräfte der Asayis? Geschah das auf Grundlage von Anweisungen aus Damaskus?*

Aus den Erklärungen der Asayis-Kräfte bezüglich der jüngsten Angriffe wird deutlich, dass das syrische Regime versucht, den eigenen Einfluss in Nordsyrien auszuweiten. Den Auseinandersetzungen ging der Versuch regimenaher Kräfte voraus, einige Jugendliche zum Militärdienst zu zwingen. Damit versucht das syrische Regime dem eigenen Anspruch Ausdruck zu verleihen, ganz Syrien zu kontrollieren und im ganzen

Land nach eigenem Ermessen zu handeln. Es unternimmt dementsprechende Schritte und wartet dann ab, wie darauf reagiert wird. Ohne Zweifel wird das die Probleme nur vertiefen.

Seit acht Jahren findet in Syrien ein brutaler Krieg statt, unter dem alle Bevölkerungsgruppen zu leiden haben. Syrien wird niemals in den Zustand des Jahres 2011 zurückkehren können. Niemand sollte sich derartige Illusionen machen. Für den heutigen Zustand in Syrien ist insbesondere die Türkei verantwortlich. Wer also die Unabhängigkeit, Einheit und Stabilität Syriens fordert, der muss der türkischen Besatzung in Syrien ein

Ende setzen. Dafür bedarf es einer Einigung mit den nordsyrischen Kräften. Auf eine Einigung zu verzichten und stattdessen Angriffe wie jüngst in Qamislo durchzuführen ist eine reine Provokation. Wir können

nicht sagen, ob die Entscheidung dafür aus Damaskus kam. Doch wer sich für Stabilität und Frieden in Syrien einsetzt, sollte keine derartige Haltung einnehmen. Militärisch lassen sich die Probleme nicht lösen. Es bedarf eines Dialoges und rechtlicher Absprachen zwischen der syrischen Regierung und Nordsyrien, um alle Fragen auf Grundlage der gemeinsamen Absprachen zu lösen.

*Trotz der zahlreichen Treffen mit Vertretern der Demokratischen Föderation Nordsyrien spricht die syrische Regierung davon, man stehe nicht in gesonderten Gesprächen und behandle die nordsyrischen Kräfte genauso, wie alle Syrerinnen und Syrer. Warum nimmt das Regime eine derartige Position ein?*

Es ist ganz deutlich, dass sich die Mentalität des Regimes nicht sonderlich verändert hat. Das Regime möchte seine Macht in ganz Syrien wiederherstellen und die Teile der Bevölkerung bestrafen, die sich für Freiheit, Demokratie und Frieden einsetzen. Sie waren bisher nicht in der Lage anzuerkennen, dass es keinen Weg zurück in die Vergangenheit gibt. Es ist nicht nur zweifelhaft, ob das Regime seine alte Stärke zurückerlangt. Selbst



Mauer an der syrisch-türkischen Grenze



das Weiterbestehen des Regimes ist keinesfalls sicher. Es gibt nur eine Möglichkeit für das Weiterbestehen des Regimes: eine Einigung mit den Völkern Syriens und der Demokratischen Föderation Nordsyrien. Ohne eine Einigung wird das Regime sich nicht auf den Beinen halten können. Ich kann ohne Zögern sagen, dass die Kräfte der Demokratischen Föderation Nordsyrien die Interessen ganz Syriens vertreten. Das syrische Regime denkt, es könne durch die Zerschlagung Nordsyriens alle Forderungen der syrischen Revolution zunichtemachen. Doch das ist schlichtweg unmöglich. Die nordsyrischen Kräfte verfügen über eine politische und militärische Stärke, große Gebiete mit Millionen von Menschen und auch über internationale Anerkennung. Die Aussagen der Regimevertreter genießen keinerlei Legitimität. Von nordsyrischer Seite ist auch gar nicht die Rede von einer Spaltung Syriens. Stattdessen fordert man ein demokratisches System für ganz Syrien. Was man für Nord- und Ostsyrien fordert, gilt auch für Damaskus, Latakia und Aleppo. Es wurde ein demokratisches System vorgeschlagen, dass sich nach den Interessen der Bevölkerung richtet. Genau deshalb setzten sich auch alle verschiedenen Bevölkerungsgruppen Syriens für dieses System ein. Dem Regime bleibt dementsprechend nur die Aufgabe, diesen Forderungen mit Respekt zu begegnen. Nur wenn es das tut, wird es sich auf den Beinen halten können.

*Kann das syrische Regime auf die Durchsetzung der eigenen Interessen mit militärischen Mitteln pochen?*

In dem Fall, dass das syrische Regime auf militärische Mittel setzt, wird Syrien gespalten werden und auch das Regime selbst ins Wanken geraten. Auf eine militärische Lösung zu pochen wäre also weder für Syrien noch für das Regime eine positive Option. Der vielversprechendste Weg ist eine demokratische Einigung.

Brauchen die Großmächte, die in Syrien aktiv sind, Assad überhaupt noch?

Heute sind es die ausländischen Mächte, in deren Händen die Macht in Syrien wirklich liegt. Russland und der Iran sind sehr einflussreich. Für das syrische Regime wäre es das Beste, die Probleme in Syrien zu lösen. Solange dies nicht geschieht, ist es ein Leichtes für die ausländischen Mächte, über Syrien zu verfügen und das Land zu spalten. Wenn dem syrischen Regime wirklich etwas an Syrien gelegen ist, muss es sich noch stärker für eine Lösung einsetzen. Wenn Syrien die eigenen Probleme nicht selbst löst, wird keine ausländische Kraft das Land verlassen. Wenn es dem Regime gelegen kommt, vertieft es die Krise vielmehr. Dann sorgt es ein anderes Mal für

Entspannung. Aber der Beendigung der Krise in Syrien widmet sich Damaskus nicht. Es gibt nur eine Lösung für all die Probleme und die Krise im Allgemeinen: Die demokratische Lösung der syrischen Probleme gemeinsam mit Nordsyrien und allen anderen Völkern Syriens.

*Was genau geschah während des jüngsten Treffens Russlands, des Irans und der Türkei in Teheran? In wie fern sind die Folgen des Treffens in der Region spürbar?*

Bis es zur aktuellen Lage in Idlib kam, bestand ein Abkommen zwischen der Türkei, dem Iran und Russland. Die Türkei ging auf dieses Abkommen auf der Grundlage der eigenen kurdenfeindlichen Politik ein. Sie verfolgt das Ziel, alle Errungenschaften der Kurdinnen und Kurden zu zerschlagen und auf diesem Weg den eigenen Einfluss in Syrien auszubauen. Doch diese türkische Politik blieb erfolglos.

Die Probleme in Syrien werden nicht ohne einen Krieg gelöst werden. Der Krieg in Idlib wird definitiv stattfinden. Die Interessen Russlands, des Irans und der Türkei unterscheiden sich voneinander, doch zugleich brauchen die drei Länder sich gegenseitig. Russland versucht zum einen die Herrschaft des syrischen Regimes in ganz Syrien – abgesehen von den Regionen östlich des Euphrats – wiederherzustellen, möchte aber zugleich die Türkei nicht als Partnerin verlieren. Das ist sehr schwer. Der Iran befindet sich in einer ähnlichen Lage. Er möchte zwar die Türkei aus Syrien vertreiben, versucht aber zur gleichen Zeit gemeinsam mit der Türkei einen Block gegen die USA zu bilden. Die Türkei wiederum möchte sowohl in Syrien bleiben, also in Idlib, Cerablus, Bab und Afrin, aber auch die Beziehungen mit Syrien, dem Iran und Russland fortsetzen. Auch das gestaltet sich als sehr schwierig. Die Akteure können diese Politik nicht endlos fortsetzen. Einige Kräfte werden an gewissen Punkten Verluste in Kauf nehmen müssen. In diesem Rahmen hat Idlib für Russland und Syrien eine strategische Bedeutung. Sie können der Türkei bezüglich Idlib keine großen Zugeständnisse machen, denn Idlib ist entscheidend für die Verteidigung Aleppos. Zwischen Idlib und Aleppo, aber auch zwischen Afrin und Aleppo liegen nur 30 bis 40 Kilometer. An einigen Orten ist die Distanz sogar noch geringer. All das stellt eine Bedrohung für Aleppo dar. Alle islamistischen Gruppen wurden in die Region gebracht. In Idlib, Cerablus, Bab und Afrin befinden sich ca. 100.000 bewaffneten Islamisten. Sie stellen eine große Bedrohung für die Region dar. Wenn Aleppo fällt, wird sich auch Damaskus nicht halten können. Um in Syrien zu siegen, müssen Syrien, der

Iran und Russland Idlib zurückerobern. Sie können der Türkei an dieser Stelle also keine Zugeständnisse machen. Das Abkommen zwischen dem Iran, Syrien und der Türkei ist also mittlerweile an einen Punkt geraten, an dem es nicht mehr viel länger tragbar ist.

*Wird die Türkei sich an dem Krieg in Idlib beteiligen? Wenn ja, was wären mögliche Szenarien?*

Die Türkei beansprucht das Gebiet von Idlib bis Cerablus als eigene Einflusszone. In diesem Gebiet halten sich Ableger von al-Nusra und al-Kaida auf, die international als Terrororganisationen gelistet werden und dementsprechend über keinerlei Legitimität verfügen. In Idlib wird es auf jeden Fall zu einem Krieg kommen. Sollte die Türkei sich daran beteiligen, wird sich der Krieg deutlich intensiver gestalten. Wenn die Staaten sich direkt und aktiv an dem Krieg beteiligen, wird es schwer sein, ihn unter Kontrolle zu halten und die Ereignisse werden unvorhergesehene Folgen mit sich bringen. In dem Fall, dass die Türkei sich nicht am Krieg beteiligt, werden Russland, der Iran und das syrische Regime zuallererst Tahrir Al-Sham bekämpfen wollen. Bis Tahrir Al-Sham zerschlagen ist, wird man eine direkte Konfrontation mit der Türkei in Bezug auf Afrin und Cerablus vermeiden. Doch sobald diese Gruppe nicht mehr existiert, wird man die Frage von Afrin, Cerablus und Bab wieder auf die Tagesordnung setzen. Das steht schon lange fest. Zuerst wurden in vier Regionen Waffenstillstände verkündet. Alle islamistischen Gruppen aus Gebieten, die das Regime eroberte, wurden dann nach Idlib gebracht. Jetzt ist es realistisch, Idlib zurückzuerobern. Die Türkei würde dann die restlichen islamistischen Gruppen in ihre Einflussgebiete zurückziehen. Doch die Türkei weiß auch, dass sie im Falle ihrer Niederlage in Idlib über keinerlei Einfluss mehr in Syrien verfügen wird.

*Mächte, die angesichts der Menschenrechtsverbrechen in Afrin schweigen, warnen nun vor den humanitären Folgen einer Idlib-Operation. Wie bewerten Sie diesen Doppelstandard?*

Die Türkei warnt derzeit vor den Folgen für Zivilistinnen und Zivilisten, spricht von humanitärer Hilfe und beklagt das absehbare Grauen. Doch als die Türkei selbst Afrin angriff, war Afrin eine stabile und ruhige Region. Aus allen Teilen Syriens waren Menschen nach Afrin geflohen und lebten dort in Sicherheit. Die Türkei griff Afrin trotzdem an, verübte Massaker, besetzte die Region und beachtete dabei die Menschenrechte nicht im Geringsten. Auch die internationalen Mächte blieben weitgehend still. Afrin stellt für die USA und Russland noch

immer einzig und allein einen Verhandlungsgegenstand dar.

Wie die Beziehungen der USA und der Internationalen Koalition zu den Gruppen in Idlib aussehen, ist eine ganz andere Frage. Zweifellos bestehen Kontakte, doch wahrscheinlich nicht auf höchster Ebene. Die Position der USA in Idlib hängt eher mit der türkischen Position zusammen.

*In wie fern?*

Die USA könnte versuchen, sich hinter die Türkei zu stellen und auf diesem Weg eine neue Phase in Syrien einzuleiten. Denn es ist keineswegs sicher, dass ein Angriff des Regimes auf Idlib auch von Erfolg gekrönt sein wird. Davon sollte man nicht ausgehen. Das Regime verfügt nicht wirklich über viel Kraft. Die islamistischen Gruppen, die dem Regime gegenüberstehen und zu denen auch die von der Türkei unterstützten Gruppen zählen, besitzen durchaus Kraft. Die Idlib-Operation ist aus Sicht des Regimes also durchaus mit Risiken verbunden. Das bedeutet, dass im Falle einer Niederlage des Regimes in Idlib eine völlig neue Phase in Syrien beginnen könnte. Vielleicht würde sogar eine Wende stattfinden. Wenn die Türkei sich mit all ihrer Kraft hinter die islamistischen Gruppen in Idlib stellt, könnte dies die ganze Situation in der Region verändern.

*Möchte die USA den Spielraum Russlands, des Irans und des Regimes einengen, indem sie sich deutlich hinter die Türkei stellt?*

Das ist durchaus möglich. Daher lohnt es sich über diese Szenarien nachzuden-

ken. Die USA und Europa werden versuchen, den Krieg in Idlib zu nutzen, um ihre eigenen politischen Ziele zu verfolgen. Der Kriegsverlauf wird zeigen, ob und wie die jeweiligen politischen Ziele sich tatsächlich umsetzen lassen.

Die Türkei verfolgte in Syrien von Anfang an eine eigene Politik und eigene Ziele. Nach der Niederlage des IS in Kobane verlor die Türkei ihren Status als einflussreichen Akteur in dem Land. Die Türkei ist seither nicht mehr in der Lage, eigene politische Ziele in Syrien zu verfolgen. Vielmehr rennt das Land den Ereignissen in Syrien hinterher. Daher ist es auch schwer abzusehen, was genau in Idlib passieren wird. Die Türkei ist in gewisser Weise eine Getriebene der Situation in Idlib. Die türkische Politik verfolgt nur noch das Ziel zu verhindern, dass die Kurdinnen und Kurden sich Erzungenschaften sichern. Sie kreist einzig und allein um dieses Ziel. Großartig anderweitige oder alternative politische Ziele verfolgt sie nicht. Deshalb taumelt die Türkei angesichts der Entwicklungen in Syrien mal in die eine und mal in die andere Richtung. Mal nähert sie sich den USA an, nur um plötzlich wieder die Nähe zu Russland und dem Iran zu suchen.

Die USA könnte auch versucht sein, die Türkei nicht sonderlich zu unterstützen und von Russland zu fordern, dass der Iran in Syrien geschwächt wird. Es ist durchaus möglich, dass die USA Syrien den Russen überlassen. Dafür würden die Amerikaner aber Zugeständnisse in Bezug auf den Iran und die Ukraine fordern. All dies könnte im Rahmen des

Ringens um die weltweite Hegemonie stattfinden. Dessen müssen wir uns bewusst sein.

*Wie wird die anstehende Idlib-Operation Afrin und die türkische Präsenz in dem Kanton beeinflussen?*

Die Entwicklungen in Afrin hängen in gewisser Weise von dem Verlauf der Idlib-Operation ab. Die Widersprüche bezüglich Idlib zwischen Russland, dem Regime und dem Iran auf der einen Seite und der Türkei auf der anderen Seite werden zunehmen. Das wird günstigerer Voraussetzungen für die Ausweitung des Widerstandes in Idlib mit sich bringen. Die Türkei würde sich als Gegenleistung für Idlib auf die Region zwischen Afrin, Cerablus und Şehba konzentrieren. Diese Lösung wäre aber nur vorübergehend. Eines ist sicher: Syrien und der Iran wollen die Türkei vollständig aus Syrien verdrängen. Wenn die Türkei aus Idlib vertrieben ist, wird es auch möglich sein, sie in Bezug auf Orte wie Afrin und Cerablus unter Druck zu setzen. Wenn die türkische Politik in Idlib eine Niederlage erfährt, wird es der Türkei sowieso nicht möglich sein, ihre Ziele in Afrin und den anderen Regionen Syriens durchzusetzen. All das bietet günstige Voraussetzungen für die Kräfte aus Afrin. Ohne Zweifel sehen die Kräfte Nordsyriens diese Möglichkeiten und unternehmen dementsprechende Maßnahmen.

Im Original erschien der Artikel am 13.9.2018 unter dem Titel „Varto: İdlib, Türkiye'nin varlığını belirleyecek“ auf der Homepage der Nachrichtenagentur Fıratnews (ANF).

## Europa sozial – und gegen rechts!

RÜDIGER LÖTZER, BERLIN

Die hier dokumentierte Erklärung des DGB beschreibt nicht nur das Aufgabengebiet, dass sich den Parteien und Bewegungen auf der linken Seite des politischen Spektrums bei den kommenden Europawahlen stellt. Sie ist auch ein Weckruf. Soll die soziale Spaltung in der EU weiter zunehmen oder will die Politik hier endlich gegensteuern? Soll sich der internationale Handel künftig nach dem Recht des Stärkeren und nach dubiosen Schiedsgerichten hinter verschlossenen Türen entwickeln, oder bleibt es beim freien Handel, bei sozialen Regeln und dem Schutz der öffentlichen Güter und der Menschenrechte vor großen, international agierenden Konzernen? Soll das europä-

ische Sozialstaats-Modell mit Gewerkschaften, Tarifverträgen, mit sozialen Sicherungen gegen Alltagsrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut, mit der sozialen Bindung des Eigentums weiter gelten oder nicht? Sollen Freizügigkeit und Asylrecht verteidigt werden, oder soll Abschottung und das Sterben an den Grenzen künftig die Asyl- und Migrationspolitik der EU kennzeichnen? Die politische Rechte – Leute wie Steve Bannon aus den USA, Madame Le Pen in Frankreich, die italienische, ungarische, polnische, österreichische Mitte-Rechts bis Rechts-Regierung und ihre Parteien greifen die EU an. Sie wollen ein anderes Europa. Es wird Zeit, dass sich die linken Kräfte besinnen und anfangen, sich mehrheitsfähige, demokratische und soziale Perspektiven für die EU überlegen.

### **DOX Für ein soziales und demokratisches Europa – Anforderungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften an die Parteien zur Europawahl 2019**

Am 26. Mai 2019 finden in Deutschland die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Bei diesen Wahlen geht es um eine Richtungsentscheidung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen ihre Mitglieder und alle Bürgerinnen

und Bürger dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Eine hohe Wahlbeteiligung kann die politischen Kräfte stärken, die sich für ein soziales und demokratisches Europa einsetzen. Neoliberale, rechtspopulistische, nationalistische und faschistische

Kräfte dagegen wollen Europa schwächen. Die großen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur gemeinsam im Sinne der Beschäftigten gestalten. Kein EU-Mitgliedstaat, nicht einmal Deutschland, bringt das notwendige weltpolitische Gewicht auf die Waagschale, um

sie im nationalen Alleingang wirksam zu gestalten.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen eine Europäische Union des sozialen Fortschritts, die die Menschen beschützt und ermächtigt. Ein starkes soziales Europa ist im Interesse aller Beschäftigten. Der Vorrang sozialer Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten muss endlich durch eine Soziale Fortschrittsklausel Eingang in die EU-Verträge finden. Die Alternative ist eine weithin ungezügelte Entfesselung der Marktkräfte, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa gegeneinander in Konkurrenz um die niedrigsten Löhne und Sozialstandards stellt. Dies gilt es entschlossen zu bekämpfen.

Derzeit bereiten die politischen Parteien in Deutschland ihre Parteitage in diesem Herbst und Winter vor, die von programmatischen Debatten über die Zukunft Europas und der Aufstellung der Kandidatenlisten für die Europawahl geprägt sein werden. Dazu verabschiedete der DGB Bundesvorstand Anfang September ein Papier, das die detaillierten gewerkschaftlichen Anforderungen an die Parteien zur Europawahl enthält. Dieses Papier wird in den kommenden Wochen und Monaten ergänzt werden durch eine gemeinsame Kampagne von DGB und Mitgliedsgewerkschaften im Vorfeld der Wahlen, die die wichtigsten Gewerkschaftsanliegen in Wortbildern und Slogans vermitteln soll, u.a. mit grafisch aufbereiteten Faktenblättern.

Vier Themenschwerpunkte stellt der DGB in den Mittelpunkt seiner Anforderungen an die politischen Parteien.

### **1. Das soziale Europa stärken**

Ein soziales Europa ist eines der Gründungsversprechender Europäischen Union. Zu einem europäischen Sozialmodell zählt für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine Europapolitik, die gute Arbeit und faire Löhne garantiert, gesetzlich und tarifvertraglich geregelte Arbeitsbedingungen ohne Ausnahmen zum Schutz der Beschäftigten, eine faire grenzüberschreitende Mobilität von Beschäftigten, starke Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihrer Interessensvertreter, ein hohes Niveau an sozialem Schutz zur Absicherung der großen Lebensrisiken und die Bereitstellung gemeinwohlorientierter öffentlicher Dienstleistungen. Die Proklamation der Europäischen Säule Sozialer Rechte im November 2017 durch die Europäischen Institutionen und die Mitgliedstaaten sollte die EU auf einen sozialeren Kurs bringen. Jetzt gilt es, die Soziale Säule umzusetzen – mit rechtsverbindlichen Maßnahmen und der notwendigen finan-

ziellen Ausstattung, die im Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 ihren Niederschlag finden muss.

### **2. Für einen Kurswechsel in der europäischen Wirtschaftspolitik**

Niemand in der Europäischen Union darf wirtschaftlich und sozial abgehängt werden. Darum ist es notwendig, die EU-Staaten zurück auf den Pfad der Aufwärtskonvergenz zu bringen. Hierfür ist ein Kurswechsel in der europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik erforderlich.

Die grundlegenden Webfehler der Europäischen Währungsunion (EWU) sind auf dem Höhepunkt der Finanzkrise offen zu Tage getreten. Diese gilt es nun zu beheben, bevor die nächste Krise kommt. Die geldpolitischen Interventionen der Europäischen Zentralbank haben den Euro bis heute am Leben erhalten, die deutsche Volkswirtschaft hat davon am stärksten profitiert. Doch dies reicht auf die Dauer nicht aus. Um die gemeinsame Währung und Europa längerfristig zu stabilisieren, muss die EWU zu einer echten Wirtschaftsunion ausgebaut werden. Dazu zählt der Umbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM in einen echten Europäischen Währungsfonds, der in der Lage ist, Zahlungsbilanzkrisen abzuwehren, wie sie 2010ff v.a. in Südeuropa zu verzeichnen waren. Zweitens bedarf es einer expansiveren und stärker koordinierten Fiskalpolitik, d.h. ein diskretionäres Politikinstrument, zur Stabilisierung und Förderung von Investitionen. Die Nettoinvestitionsquote der Eurozone ist seit Jahren negativ, d.h., die Europäer konsumieren ihren öffentlichen Vermögensstock anstatt ihn zu modernisieren. Den zukünftigen Generationen wird somit absehbar ein riesiger Schuldenberg aufgezwungen, wenn heute versäumt wird, zu investieren. Drittens und nicht zuletzt hat die Krise zu Tage gefördert, dass der Wirtschaftspolitik der Eurozone ein automatischer Stabilisator fehlt, der bei regional steigender Arbeitslosigkeit das Nachfrageniveau der EWU aufrechterhält und geeignet ist, eine stabile und gleichförmige Entwicklung der Mitgliedstaaten und eine Angleichung der verschiedenen Konjunkturzyklen zu erreichen. Ein zusätzliches Eurozonenbudget, eine Investitionsstabilisierungsfunktion und eine europäische Arbeitslosen-Rückversicherung, die nicht beitragsfinanziert ist und die nationalen Arbeitslosenversicherungssysteme nicht antastet, können insgesamt diese Stabilisierungsfunktion übernehmen. Ein Budget für die Eurozone muss demokratisch von den Parlamentariern der Eurozone im EP kontrolliert werden. Wenn Arbeitslosigkeit und ein hoher Be-

schäftigungsgrad zu zentralen Kennziffern der europäischen Wirtschaftspolitik werden und nicht mehr ausschließlich Preisstabilität, ist der notwendige Paradigmenwechsel eingeleitet.

### **3. Faire Globalisierung schaffen**

Eine faire Globalisierung heißt für den DGB: internationale Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards regulieren das Geschehen auf den Kapital-, Güter- und Dienstleistungsmärkten. Diese Standards müssen durch die EU weiterentwickelt und besser durchgesetzt werden. Der DGB fordert, Handelsabkommen so auszugestalten, dass sie einen gerechteren Welthandel befördern und Dumpingwettbewerb verhindern. Regeln des Investorenschutzes, die ausländischen Investoren zusätzliche materielle Rechtsansprüche und Klagemöglichkeiten geben und diese damit tendenziell in die Lage versetzen, staatliche Regulierung im Gastland unter Druck zu setzen, dürfen nicht Bestandteile der EU-Handelspolitik sein. Der neoliberale Deregulierungswettbewerb auf den globalen Finanz-, Dienstleistungs- und Gütermärkten schadet den Interessen der Beschäftigten weltweit. Der DGB fordert eine gerechtere EU-Handelspolitik, die den Dumpingwettbewerb unterbindet. Der universelle Zugang zu Bildung und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge muss Vorrang erhalten vor einer Liberalisierung des Marktes und dem Abbau von Regulierungen. Öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht zu handelbaren Gütern und müssen daher von den Handelsabkommen der EU ausgenommen werden.

### **4. Die europäische Flüchtlingspolitik gerecht und solidarisch gestalten**

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für ein weltoffenes und solidarisches Europa ein. Ein solches Europa muss Menschen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg fliehen oder in ihrer Heimat wegen ihrer politischen Überzeugungen, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit verfolgt werden, Schutz bieten. Das Grundrecht auf Asyl und die Einhaltung der UN-Flüchtlingskonvention sind für uns unantastbar. Was wir deshalb brauchen, ist ein EU-weites solidarisches System zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten, statt einer europäischen Flüchtlingspolitik, die zunehmend auf Abschottung setzt. Wir wollen ein Europa, das sich glaubwürdig dafür einsetzt, Fluchtursachen zu bekämpfen – kein Europa, das Flüchtlinge bekämpft!

*Andreas Botsch,  
DGB-BVV, 19.9.2018*

## Wir sind mehr! Eine politische Bewegung steht auf

Thorsten Jannoff. Zwei Großdemonstrationen, am 29. September mit rund 25 000 Menschen in Hamburg und am 3. Oktober mit 30 000 bis 40 000 Teilnehmern in München, bilden den vorläufigen Höhepunkt einer Vielzahl von Demonstrationen gegen Rechts, mit pluralistischen politischen Anliegen (gegen rassistische Gewalt, für eine humane Flüchtlingspolitik, gegen repressive Polizeigesetze, für mehr Demokratie etc.) und für eine solidarische Gesellschaft. Bereits Anfang September haben die rassistischen Übergriffe in Chemnitz eine ganze Serie von Demonstrationen unter dem Motto: „Wir sind mehr!“ ausgelöst.

Rund 50 000 Menschen gingen in Chemnitz auf die Straße, 12 000 in Köln, 7 500 in Marburg, 6 000 in Essen, 4 000 in Rostock, 2 200 in Gelsenkirchen, 1 500 in Duisburg, 1 000 in Heidelberg und 600 Menschen in Bielefeld. Hinzu

kamen weitere Demonstrationen und Kundgebungen. Zudem demonstrierten für die „Seebücke“ in den letzten Wochen Zehntausende, alleine in Hamburg waren es am 2. September über 16 000 und in Berlin über 2 000 Teilnehmer.

Dieser erstarkende Widerstand gegen eine Rechtsentwicklung spricht für die These von Professor Werner Schiffauer, dass die Willkommensbewegung seit 2015 nicht nur eine humanitäre Bewegung zur Unterstützung der Flüchtlinge ist, sondern „eine zutiefst politische Bewegung“. Professor Werner Schiffauer ist Ethnologe, Kulturwissenschaftler, Migrationsforscher und Vorstandsvorsitzender des Rates für Migration. Wir dokumentieren dazu aus einer Rede, die er bei der Vollversammlung der Unterstützerkreise der Großkundgebung #ausgehetzt in München im Frühjahr dieses Jahres hielt.

### Professor Dr. Werner Schiffauer, Rede bei der Vollversammlung der Unterstützerkreise von #ausgehetzt

„(...) dass die Willkommensbewegung wie sie sich, vor allem dann ab 2015 in Deutschland aufgestellt hat, eigentlich weniger eine humanitäre Bewegung ist, das ist sie auch und das haben wir gehört, als eine politische Bewegung. Es ist eine zutiefst politische Bewegung.

Es zeigt sich nämlich, dass in den Projekten, sozusagen auf kommunaler Ebene zuerst mal, sich die Gesellschaft der Bundesrepublik, die Zivilgesellschaft neu aufgestellt und neuformiert hat. Es war weit mehr als Hilfe. Es war eine Reorganisation der kommunalen, der örtlichen, politischen Kultur, die hier stattgefunden hat und wo oft Zivilgesellschaft und die kommunalen Entscheidungsträger, also Bürgermeister, Stadtverwaltungen, an einem Strang gezogen haben, um tatsächlich eine bessere und weltoffenere Stadtgesellschaft zu formieren. (...)

Und damit verband sich ein Bewusstwerdungsprozess, der einmalig in der Nachkriegsgesellschaft war. In der Nachkriegsgesellschaft ist das erste Mal die Frage aufgekommen, ob die Staatsraison, und zwar von der Mittelschicht, nicht von den Randgruppen, ob die Staatsraison tatsächlich der Vernunft letzter Schluss ist, ob die Logik, die immer rechtlich eingeklagt wird: Eine Grenzpolitik ist nur möglich, wenn man auf Abschiebung macht. Wo stehen wir, wenn wir das nicht machen.

Hier wurde eine Bürgerinitiative gelebt und gemacht, was sonst, und das ist

meine Erfahrung der 68- Bewegung, oft nur von oben und theoretisch verkündet wurde, als ideologisches Konstrukt und als Gesellschaftskritik theoretisch formuliert wurde. Hier wurde das ganz praktisch gelebt. Hier wurde Gesellschaftskritik ganz praktisch gelebt und umgesetzt.

Mit anderen Worten: Wir haben eine politische Bewegung, die ihre Stärke in der Praxis hat.

Und das ist auch wieder eine Schwäche. Die Schwäche dieser Bewegung bestand darin: Ich habe neulich in Fischbachau bei einem Abendessengespräch gefragt, wo sind denn diese ca. 30% der deutschen Gesellschaft, die diese Bewegung passiv oder aktiv unterstützen, wo sind die in der öffentlichen Meinung? Warum treten sie nicht auf? Und die Antwort war ganz einfach: Die Leute haben keine Zeit.

Die Leute engagieren sich vor Ort in den Gemeinden und haben keine Zeit, noch in die Parteien zu gehen.

Das ist, wie gesagt, die Stärke der Bewegung. Sie hat sich bemerkenswert widerstandsfähig gemacht, vor allem gegenüber dem Druck der öffentlichen Meinung und der politischen Meinung. Sie hat sie aber auch geschwächt, insofern als die Bewegung ihren Widersachern, der Rechten, das Feld der Meinungsbildung weitgehend überlassen hat. Tatsächlich hat es die AfD, Pegida, die rechte CSU und so weiter geschafft, das Feld der öffentlichen Meinung zu monopolisieren

und etwa – und das war eines der bemerkenswerten Aha-Erlebnisse, das ich hatte – schon 2015 im Herbst verkündet hat, die Bewegung sei gekippt. Es war absurd. Alle Meinungsumfragen haben zu der Zeit gezeigt, dass die Bewegung keineswegs gekippt ist. Auch jetzt ist sie nicht gekippt. Was wir beobachten ab und zu, dass die Mitte erodiert, dass die Mitte nicht mehr mehrheitlich für uns ist, sondern skeptisch geworden ist, aber die Bewegung ist nicht gekippt!

Und deswegen ist es (...) so großartig, dass sich jetzt in diesem Moment eine politische Bewegung formiert. Dass die Personen, die engagiert sind, zusammenkommen, um sich sichtbar zu machen, und zwar sich gesamtgesellschaftlich sichtbar zu machen. Und das muss nun geschehen. Wir haben eine große Chance: Die Politik ist wahnsinnig beunruhigt, was den Widerstand aus der Mitte der Gesellschaft betrifft. Die Politik ist irritiert davon. Bisher konnte die Politik eine Grundsatzkritik an der Bundesrepublik immer auf die Extremisten schieben... Angesichts der Tatsache, dass die Politik sich auf eine Grenzpolitik versteift, die nachgewiesenermaßen nicht nachhaltig ist. Die zum Scheitern verurteilt ist. Früher oder später.

Was die Bürgerbewegung im Gegensatz dazu geschafft hat, ist es, konkrete Perspektiven aufzuzeigen, wie eine offenere deutsche Gesellschaft gedacht, gemacht und formiert werden kann, und das auf der lokalen Ebene durchzusetzen. Und das ist das Programm, das in diesem Wahljahr irgendwie artikuliert und öffentlich gemacht werden muss.“

Quelle: [http://www.forumaugsburg.de/s\\_5region/Landespolitik/180826\\_bevorstehende-landtagswahlen-in-bayern-1/index.htm](http://www.forumaugsburg.de/s_5region/Landespolitik/180826_bevorstehende-landtagswahlen-in-bayern-1/index.htm)

### Jetzt gilt's – Gemeinsam gegen die Politik der Angst

Die Verabschiedung des neuen Polizeiaufgabengesetzes durch den bayerischen Landtag ist ein weiterer Schritt in Richtung einer autoritären Gesellschaft. Der Beschluss trotz des massiven Widerstandes in der Gesellschaft, hat nicht nur antidemokratische Tendenzen der amtierenden Landesregierung offenbart, sondern auch den unmittelbaren Abbau von Bürger\*innen- und Menschenrechten in Bayern nach sich gezogen... Wir verstehen den Widerstand gegen das Polizeiaufgabengesetz als Teil einer tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, die nicht nur Bayern, sondern Deutschland und ganz Europa erfasst hat. Nationalismus und Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Antifeminismus und LGBTIAQ\*-Feindlichkeit sind Facetten eines rechts-





autoritären Gesellschaftswandels. Dieser drückt sich nicht nur in direkten Angriffen auf marginalisierte Gruppen aus, sondern findet auch auf staatlicher Ebene immer krassere Formen, unter anderem durch Anker-Zentren, die Einrichtung des bayerischen Landesamts für Asyl und Rückführungen, Kriminalisierung von Seenotrettung, weiterhin stattfindende Abschiebungen nach Afghanistan und die Verabschiedung des sogenannten bayerischen Integrationsgesetzes.

(Aus dem Aufruf zur Demonstration am 3.10. in München)

<https://www.nopagby.de>

## Essen setzt überwältigendes Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Solidarität

Unter dem Motto #wirsindmehr versammelten sich am 13.9. mehr als 6 000 Menschen zur friedlichen Demonstration von 18 bis 21.40 Uhr in der Innenstadt. Dem Aufruf des Bündnisses Essen stellt sich quer hatten sich Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Initiativen und Bündnisse aus anderen Städten sowie viele Privatpersonen angeschlossen. Die Organisator\*innen waren von der Resonanz überwältigt ... Der große Zulauf, so Baumann, sei eine enorme Bestätigung. Dem schlossen sich auch die anderen Redner\*innen an. Stets betonten sie die Wichtigkeit, hinzusehen und gegen Rassismus einzutreten. Dafür erhielten sie viel Zuspruch aus dem Publikum, das zu großen Teilen aus jungen Menschen und Familien bestand. Im Verlauf der Demonstration am Abend schlossen sich auch viele Passant\*innen an, die in der Innenstadt unterwegs waren.

<http://www.essen-stellt-sich-quer.de/index.php/>  
Eq:Hauptseite

## Hamburg ist jetzt auch „Seebrücke“

CHRISTIANE SCHNEIDER, HAMBURG

Seit Mitte Juni haben die italienische Regierung und ihr neofaschistischer Außenminister Salvini die italienischen Häfen gegen alles Völkerrecht für Schiffe mit aus Seenot geretteten Geflüchteten gesperrt. Vor allem die privaten Rettungsschiffe von NGOs werden behindert, ihre Besatzungen sind von Kriminalisierung bedroht. Die Folgen sind dramatisch. Obwohl die meisten Geflüchteten die Route nach Italien schon länger meiden und stattdessen nach Spanien auszuweichen versuchen, bleibt die Zahl derer, die im zentralen Mittelmeer den Tod finden, erschreckend hoch. Aufgrund der Sperrung der Häfen waren zeitweise alle NGO-Rettungsschiffe aus dem zentralen Mittelmeer verdrängt. Derzeit ist die „Aquarius“, die seit 2016 mehr als 30 000 Menschen vor dem Tod rettete, noch das einzige private Rettungsschiff dort. Immer wieder wird berichtet, dass Handelsschiffe an in Seenot geratenen Schiffen vorbeifahren, weil sie fürchten, mit Geflüchteten an Bord keine italienischen Häfen anlaufen zu können.

Große Verantwortung für die Katastrophe trägt die EU. Nicht nur, weil sie sich bisher unfähig zeigte, eine humanitäre Lösung für die Aufnahme und Verteilung Geretteter zu entwickeln. Seit langem entziehen sich Kernländer der EU ihrer Verantwortung für die Geflüchteten, die Europa vor allem in Italien, Malta, Griechenland und Spanien erreichen und dann, wenn es ihnen gelingt weiterzureisen, aufgrund von Dublin III dorthin zurückgeschoben werden. Die Dublin-Verordnung erhöht den Druck auf die EU-Außenstaaten, die darauf mit der Verschärfung ihrer Abwehrmaßnahmen an den Außengrenzen reagieren.

Aber es gibt, und das ist die gute Nachricht, viele Kräfte in der EU, die nicht ertragen, dass man Menschen mutwillig ertrinken lässt. Die Bürgermeister der süditalienischen Hafenstädte erklärten sich in einer konzertierten Aktion bereit zur Öffnung der Häfen. Stellvertretend sei hier Renato Accorinti, Bürgermeister von Messina, zitiert: „Wir dürfen die universellen Menschenrechte und die Gesetze der Seefahrt nicht aus dem Auge verlieren, in denen der Mensch unabhängig von der Hautfarbe und dem Herkunftsland unantastbar ist ... eine entmenslichende Politik beantworten wir mit einer Politik der Rechte und der Werte der Menschen.“ Allerdings unterstützt die Rettungsleitstelle in Rom, die alleine die Schiffe anweisen kann, welchen Hafen sie anzulaufen haben, der Zentralregierung.

Unterstützt werden die Hafenstädte in ihrem Widerstand auch von Bürgermeistern anderer italienischer Städte; in Mailand, Turin, Livorno und anderswo kam es zu großen Demonstrationen gegen die italienische Regierung und ihre Politik des Ertrinken-Lassens. Von Barcelona ausgehend entwickelt sich das länderübergreifende Netzwerk „Solidarische Städte“ mit jeweils konkreten Programmen für die Aufnahme von Geflüchteten und mit dem gemeinsamen Ziel, den Stillstand der EU aufzubrechen und legale Fluchtwege nach Europa zu schaffen. Rot-Rot-Grün in Berlin hat beschlossen, diesem Netzwerk beizutreten.

Diese europäische Bewegung „von unten“ ist auch in Deutschland angekommen. Zehntausende demonstrierten in den letzten Wochen im Zeichen von „Seebrücke“. Allein in Hamburg waren am 2. September über 16 000 Menschen auf der Straße, Ausdruck einer starken zivilgesellschaftlichen Bewegung, die von einem breiten Bündnis von Sportvereinen bis zu den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, von politischen Organisationen bis zu Initiativen von Geflüchteten und der Geflüchteten-solidarität getragen wird. Parallel dazu entwickelt sich eine Bewegung von Städten und Gemeinden, die ihre Bereitschaft erklären, aus Seenot Gerettete aufzunehmen, und einen entsprechenden Appell an den zuständigen Bundesinnenminister richten. Erst Köln, Düsseldorf, Bonn im Westen, kurz darauf Wuppertal, Potsdam und dann immer mehr, auch die Hafenstädte Bremen und Rostock, und am 26. September endlich auch Hamburg. Die SPD konnte ihre Politik der Verweigerung angesichts der Großdemonstration und angesichts des Drucks, den die deutliche Positionierung beider christlichen Kirchen sowie der Wohlfahrtsverbände ausübten, nicht länger aufrechterhalten. Der ursprüngliche Antrag der Linksfraktion wurde zwar abgelehnt, ein ähnlicher „Zusatzantrag“ von SPD und Grünen dann aber, auch mit den Stimmen der Linken und der FDP, angenommen.

Welche Kraft diese Bewegung entwickeln kann, muss sich noch zeigen. Aber sie ist spannend, denn sie setzt potenziell nicht nur auf die Bundesregierung unter Handlungsdruck, sondern auch die EU und ihre Institutionen. Sie ist, wenigstens im Ansatz, länderübergreifend. Und sie macht deutlich, dass es immer noch starke Kräfte der Solidarität in den Stadtgesellschaften gibt, also dort, wo die Aufnahme der Geflüchteten stattfindet und wo die weiteren damit verbundenen Aufgaben der Integration geleistet werden müssen. □

# G 20: Abschlussbericht der Fraktion Die Linke\*

Der G20-Gipfel im Juli 2017 hat in der Stadtgesellschaft tiefe Spuren hinterlassen, aus durchaus unterschiedlichen Gründen:

- starke Beeinträchtigung des Alltagslebens, insbesondere durch Zusammenbruch des Verkehrs und tagelangen Hubschrauberlärm;
- Gewalteskalationen im Rahmen der Proteste, v.a. die zerstörerische Gewalt am Morgen des 7.7. in Altona und die Ausschreitungen am Abend des 7.7. im Schanzenviertel, sowie die Erfahrungen einer wenig versammlungsfreundlichen, eskalierenden Einsatzstrategie gegen Demonstrierende, oft aggressiver Polizeieinsätze sowie – bisher ungesühnter – rechtswidriger Polizeigewalt;
- Erfahrungen von Anwohner\_innen im Schanzenviertel, die die Polizei eine Woche als „Besatzungsmacht“ erlebten, aber ohne Schutz blieben, als sie sich bedroht sahen;
- die offensichtliche physische und psychische Überforderung vieler Polizist\_innen, die die fatale Entscheidung, den Gipfel in Hamburg durchzuführen, ausbaden mussten;
- ein (Ex-)Bürgermeister, dem auf die Frage, ob er Fehler gemacht habe, nichts einfiel und der nicht bereit war, politische Verantwortung für seine fatale Entscheidung zu übernehmen.

Unter dem Eindruck des Verlaufs des G20-Gipfels hat die Bürgerschaft am 19.7.2017 den Beschluss zur Einrichtung des Sonderausschusses „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ verabschiedet. Die Aufarbeitung der *gesamten* Problematik war, wie Titel und Begründungstext deutlich machen, zu diesem Zeitpunkt nicht vorgesehen. Komplexe, die der kritischen Aufarbeitung staatlichen Handelns wenigstens Raum ließen, wurden erst später im „Fahrplan“ aufgenommen. Die Fraktion Die Linke sieht ihre Aufgabe als Teil der Legislative und als Oppositionsfraktion aber gerade in der Kontrolle staatlichen Handelns.

Aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen der Fraktionen wurde ein gemeinsamer Abschlussbericht erst gar nicht ins Auge gefasst. Damit spiegelt sich im parlamentarischen Raum wider, dass die sehr verschiedenen „Erzählungen“, in denen die Erfahrungen von den verschiedenen Akteur\_innen und in der Stadt verarbeitet wurden, in der Öffentlichkeit bis heute neben- oder ge-

geneinanderstehen. Der Ausschuss hat, weil er nach unserer Auffassung wenig an Aufklärung geleistet hat, nicht dazu beigetragen, die entstandenen Gräben in der Stadt zu überwinden und in Teilen der Stadt verlorenes Vertrauen in den Rechtsstaat zurückzugewinnen.

Ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss hätte andere Möglichkeiten der Aufklärung geboten. Im zahnlosen Sonderausschuss litt sie unter der fast ungebrochenen Dominanz der Innenbehörde. Diese hatte die Hoheit über die Informationen, die der Ausschuss erhielt. Deshalb und weil sie jeden beanspruchten Raum bekamen, sicherten sich Behördenleitung und Polizei, die selbst Konfliktpartei waren, die Deutungshoheit über das Geschehen. Als großes Problem sieht die Fraktion Die Linke hier auch eine wenig ausgeprägte selbstkritische Reflexion auf Seiten von Behörde und Polizei.

## Ungeklärte Fragen

Vor allem zwei Geschehnisse von erheblicher Tragweite wurden nicht aufgeklärt.

**Die Zerschlagung der „Welcome-to-hell“-Demonstration.** Nicht umstritten ist, dass zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Versammlung von 12.000 Menschen auf dem Fischmarkt zu einem Demonstrationzug formierte, ein erheblicher Teil der vorderen Blöcke verummumt war (darunter vier bekannte und wohl weit mehr unerkannte „Tatbeobachter\_innen“) und gestoppt wurde und dass die Versammlungsleitung dafür sorgte, dass die Vermummung zumindest im vorderen Teil abgelegt wurde.

Die Begründung für den Einsatz, die Vermummung habe, weil sie eine Straftat darstellt, keine Alternative zugelassen, wurde nicht nur von dem von uns als Experte geladenen Polizeidirektor a.D. Behrendes in Frage gestellt. Auch in der Polizei Hamburg sah man das in der Vergangenheit schon anders (Wortprotokoll des Innenausschusses 20/25 vom 6.1.2014, S. 10). Der Polizeiangriff auf die bis dahin friedliche Versammlung gab der Gewalteskalation eine neue Dynamik. Aus unserer Sicht spricht viel dafür, dass die Polizei den Plan, die Demonstration gar nicht erst losgehen zu lassen, von Anfang an verfolgte: etwa die Tatsache, dass ausgerechnet bei dieser lange vorher als gefährlich bezeichneten Versammlung keine Auflagen verhängt wurden, nicht einmal in Bezug auf den Ort der

Abschlusskundgebung. Oder die Ausführungen des Leiters der EA Einsatzkräfte im Innenausschuss am 19.7., dass die Heraustrennung des „Schwarzen Blocks“ später sehr viel schwieriger geworden wäre. Oder die zielstrebige und offensichtlich vorbereitete Durchführung dieser nicht polizei-alltäglichen, komplexen Operation der „Heraustrennung“ Tausender Menschen.

Wir haben für diese von Augenzeugenberichten gestützte Sicht keine Beweise, sondern lediglich Indizien vortragen können. Die Darstellungen der Polizei haben unsere Fraktion nicht überzeugt.

**Das ganze Schanzenviertel als Falle?** Für die Behauptung der Polizei, das ganze Schanzenviertel sei zur Falle ausgebaut und auf den Dächern entlang des Schulterblatts warteten Gewalttäter\_innen nur darauf, einrückende Polizei mit Molotowcocktails, Gehwegplatten, Eisenstangen zu empfangen, ohne Rücksicht auf ihr Leben, wurden im Ausschuss keine Beweise erbracht. Entsprechende Gegenstände wurden auf den Dächern nicht sichergestellt. Luftaufnahmen aus den Hubschraubern, die die Behauptung von den Dächern hätten belegen können, wurden nicht vorgelegt. Die Behauptung von der Falle auf den Dächern entlang des Schulterblattes dient aber als zentrale Legitimation für den Einsatz der paramilitärischen Spezialeinheiten, die u.a. mit schussbereiten Langwaffen und unter Einsatz von Gummigeschossen (zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik) die Häuser stürmten. Eigentlich hätte man ein Interesse der Polizei an beweisicherer Aufklärung erwarten können. Für unsere Fraktion ist die Aufklärung dieser Frage wichtig, weil der SEK-Einsatz einen großen Schritt in Richtung Militarisierung von Protest Policing bedeutet, wie das auch Ex-Bürgermeister Scholz im Sonderausschuss nahelegte.

## Kritik und Dissens

Die Arbeit des Sonderausschusses hat zentrale Kritikpunkte am Umgang von Senat und Sicherheitsorganen mit dem Protest nicht ausgeräumt.

**Kooperation fand nicht statt.** Unbestritten ist, dass die angekündigten großen Proteste über eine ganze Woche hinweg die Polizei vor große Herausforderungen stellten, gerade auch angesichts eines heterogenen Protestbündnisses. Umso notwendiger wäre es gewesen, eine

\* Hamburgische Bürgerschaft, Drucksache 21/9805, Sonderausschuss „Gewalttätige Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg“ ein. Die Fraktion Die Linke war durch Christiane Schneider vertreten. Wir dokumentieren die Stellungnahme der Linken im Abschlussbericht. Aus: [http://buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63851/sonderausschuss\\_gewalttaetige\\_ausschreitungen\\_rund\\_um\\_den\\_g20\\_gipfel\\_in\\_hamburg\\_bericht\\_des\\_sonderausschusses\\_gewalttaetige\\_ausschreitungen\\_rund\\_um\\_de.pdf](http://buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/63851/sonderausschuss_gewalttaetige_ausschreitungen_rund_um_den_g20_gipfel_in_hamburg_bericht_des_sonderausschusses_gewalttaetige_ausschreitungen_rund_um_de.pdf).

belastbare Dialog- und Vertrauenskultur zu entwickeln. Das geschah nicht. Der Forderung etwa der Anmelder\_innen für den 8.7. nach Gesprächen verweigerte sich die Polizeiführung. Stattdessen arbeitete die Exekutive lange vorher an der Dämonisierung der Proteste und ihrer Träger\_innen. Sie versuchte, die Deutungshoheit über Veranstaltungen zu gewinnen, indem sie z.B. vor der Teilnahme „warnte“. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Kooperation fand nicht statt bzw. beschränkte sich im Wesentlichen auf versammlungstechnische Fragen.

**Die Camp-Frage:** 15 Monate vor G20 entschied Gesamteinsatzleiter Dudde, Camps nicht zuzulassen, um die für Gipfelproteste unverzichtbare Infrastruktur zu verhindern und auswärtige Protestteilnehmer\_innen abzuschrecken. Die Veranstalter\_innen wurden pauschal verdächtigt und diffamiert, jede Kooperation verweigert – eine versamlungsfeindliche Haltung, die sich bis fast zum Schluss fortsetzte. Mit dem rechtswidrigen, einen VG-Beschluss ignorierenden Polizeieinsatz verhinderte die Behörde am 2.7. den Aufbau des Camps in Entenwerder. Erst als das Oberverwaltungsgericht am 5.7. die am 28.6.17 ergangene, bis dahin von der Behörde ignorierte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bekräftigte, wurde der Aufbau von Schlafzelten gestattet. Da war es für viele zu spät.

**Die Allgemeinverfügung.** Entgegen der Ankündigung eines „Festivals der Demokratie“ richtete die Polizei mithilfe einer Allgemeinverfügung eine 38 qkm große Demonstrationsverbotszone ein und setzte sie vor Gericht unter Berufung auf den „polizeilichen Notstand“ durch. Die Diskussion im Sonderausschuss und die Ausführungen des eingeladenen Experten Dr. Ernst haben gezeigt, wie umstritten das Instrument der Allgemeinverfügung ist: Es ging darum, der Polizei möglichst freie Hand für die Bewältigung von Versammlungen zu geben, ohne dass die Betroffenen die Möglichkeit gehabt hätten, Grundrechtsschutz einzufordern – auch das ein verheerendes Signal an die Protestbewegung.

**Polizeiliche Einsatzstrategie.** Proteste unterliegen einer Dynamik, die durch viele Faktoren beeinflusst wird, nicht zuletzt durch die Einsatzstrategie der Polizei. Die „Hamburger Linie“ der niedrigen Einschreitschwelle hat in dem heterogenen Protestbündnis die Legitimationsbasis für Gewalt nicht geschwächt, sondern gestärkt. Der Polizeieinsatz am 2.7. in Entenwerder und die unprovokierte Räumung des durchweg friedlichen Massencornerns am 4.7. haben nicht nur nach unserer Auffassung



#### Schlüsselszene:

Am 6.7. stoppt die Polizei schon bei der Aufstellung die 12 000 Teilnehmer der „Welcome-to-hell“-Demonstration auf, die Eskalation der Gewalt ist in Gang gesetzt

zur späteren Gewalteskalation beigetragen. Ähnliches gilt für die vielfach aggressiven Polizeieinsätze auch gegen friedlich Protestierende oder Teilnehmer\_innen an Aktionen des zivilen Ungehorsams, die zu einer nicht zu beziffernden, nach unseren Beobachtungen aber hohen Zahl von Verletzten, u.a. zu vielen Kopfverletzungen durch Polizeiknüppel, geführt haben.

Die zukünftige weitere Erörterung der Gewaltproblematik muss, wie im Bürgerrechtsbeschluss (Drs. 21/9805) eigentlich auch gefordert, im Sonderausschuss aber kaum ansatzweise umgesetzt, eine „ganzheitliche Betrachtung“ vornehmen.

#### Rechtsstaatliche Bindung der Sicherheitsbehörden

Die Träger des staatlichen Gewaltmonopols sind umfassend an das Recht gebunden. Nur aufgrund einer Ermächtigung durch Gesetze sind sie zu Eingriffen in Grundrechte befugt. Im Zusammenhang der G20-Einsätze kam es nach Auffassung der Fraktion Die Linke immer wieder zu Verletzungen dieses rechtsstaatlichen Prinzips und zu vielen Grundrechtsverletzungen, hier nur einige gravierende Beispiele.

**Pressefreiheit.** Nicht nur wurden Medienvertreter\_innen immer wieder durch Polizeiattacken an ihrer Arbeit gehindert. Der Entzug der Akkreditierung von 32 Journalist\_innen stellt nach einhelliger Auffassung ihrer Vertretungen einen Eingriff in die Presse- und Berufsfreiheit dar. Die Art und Weise des Entzugs machte es den Betroffenen unmöglich, die Zulassung zum G20 auf dem Rechtsweg zu erstreiten.

**GeSa.** Die von Rechtsanwält\_innen des RAV und des Anwaltlichen Notdienstes vorgetragene Kritik an Rechtsverstößen in der Gefangenensammelstelle wurde von der Innenbehörde weitgehend vom Tisch gefegt: Kritik etwa an der immer wieder erfahrenen Vereitelung des Zugangs von in Gewahrsam Genom-

menen zu rechtllichem Beistand; Schlafentzug durch 24 Stunden Licht und ständige Lebendkontrollen; beobachtete Toilettengänge und weitere unwürdige Behandlung u.ä.m. Die Polizei gestand ein, dass in 66% der Fälle die Durchsuchung der in Gewahrsam Genommenen bei vollständiger Entkleidung stattfand, ein besorgniserregend hoher Anteil.

**Gesichtserkennung.** Die Polizei hat im Zusammenhang mit G20 ein Verfahren zur Gesichtserkennung eingesetzt, das der Polizei eine neue Dimension staatlicher Ermittlungs- und Kontrollmöglichkeiten erschließt. Das Verfahren greift tief in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein. Es wird ohne gesetzliche Ermächtigung angewandt, sein Einsatz auch nach und trotz der Beanstandung durch den Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit fortgesetzt.

Unter weiteren (Grund-)Rechtsverletzungen sollen hier drei genannt werden: die rechtswidrige Ingewahrsamnahme einer Gruppe von Italiener\_innen am 8.7., die einem (zurzeit noch nicht rechtskräftigen) VG-Urteil zufolge unter dem Schutz des Versammlungsrechts standen. Das lesenswerte Urteil (17 K 1823/18) enthält eine Kritik an vielen problematischen Aspekten des Polizeieinsatzes. Weiter der Einsatz der Mehrzweckpistole vom Typ HK 69 bzw. HK 169 beim G20-Gipfel. Diese less-letale Waffe von Heckler&Koch ist laut Kriegswaffenkontrollgesetz eine Granatpistole aus der Kategorie der Granatwerfer. Der Waffenkatalog des § 18 Abs. 4 SOG ist abschließend und sieht den Einsatz von Granatpistolen nicht vor. Das gilt auch für die in Hamburg eingesetzten Einheiten anderer Länder. Der Abschuss von mindestens 68 Tränengasgranaten und 15 Gummigeschossen war deshalb rechtswidrig. Schließlich die unverhältnismäßige, eingriffsintensive massenhafte Öffentlichkeitsfahndung.

Fortsetzung Seite 12



## Schlussfolgerungen

Die Aufarbeitung der G20-Gipfel-Ereignisse und ihrer Folgen für die Stadtgesellschaft ist mit dem Ende des Sonderausschusses nicht abgeschlossen.

Die Fraktion Die Linke setzt sich dafür ein, dass

- die Bürgerschaft sich in geeigneter Weise mit den Ereignissen rund um G20 und daraus zu ziehenden Konsequenzen weiter auseinandersetzt. Dabei soll das sozialwissenschaftliche Forschungsprojekt „Mapping #NoG20. Dokumentation und Analyse der Gewaltdynamik im Kontext der Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017“, das jetzt vorliegt, in die weitere Debatte einbezogen werden kann;
- die Diskussion über das Leitbild einer modernen, bürgernahen, transparenten, demokratischen Großstadtpolizei geführt wird;
- ein versammlungsfreundliches Versammlungsgesetz erarbeitet wird, in dem u.a. Vermummung zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft wird;
- dass eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle neben dem Die eingerichtet wird; damit soll auch dem Umstand Rechnung getragen werden, dass viele Geschädigte von Polizeigewalt aus Angst vor Repression davor zurückschrecken, Strafanzeige zu erstatten oder zeugenschaftliche Angaben beim Die zu tätigen; dass bis zur Einrichtung einer solchen Beschwerdestelle bzw. dem Abschluss der Ermittlungen die Sonderkommission G20 im Die personell und technisch verstärkt wird;
- die demokratische Protestkultur weiterentwickelt wird. Dazu gehört nicht zuletzt die Entwicklung einer belastbaren Dialog- und Vertrauenskultur, zu der die Exekutive einen erheblichen Beitrag zu leisten hat;
- die Rote Flora bleibt. Die Rote Flora ist als autonomes Stadtteilzentrum nicht wegzudenken. Sie ist Teil einer widerständigen Kultur und ein Raum, der für den Austausch zwischen Lebensweisen und Anschauungen, für die Entwicklung von Alternativen von vielen Menschen benötigt wird;
- durch den Senat überprüft und der Bürgerschaft berichtet wird, welche Vor- und Nachteile im Sinne der Stärkung der Versammlungsfreiheit die Versammlungsbehörde als Teil der Vollzugspolizei gegenüber anderen Lösungen hat, vergleichbar den kommunalen Versammlungsbehörden in Flächenländern;
- der Senat / die Innenbehörde aufgefordert wird, das vom HmbGfD als rechtswidrig beanstandete Verfahren zur Gesichtserkennung zu stoppen und die durch das Verfahren bereits erlangten Erkenntnisse zu löschen. □

## **DOK** Kommunale Politik

ULLI JÄCKEL, HAMBURG

THEMA: Lohn im öffentlichen Dienst

### **Linksfraktion kritisiert Kürzungshaushalt auf Kosten der Beschäftigten:**

**HAMBURG.** In seiner Haushaltsrede sagte der Abgeordnete Norbert Hackbusch: „Sie erhöhen die Ausgaben für Personal in den nächsten Jahren um 1,5% im Zusammenhang mit Kernhaushalten, um 0,88% im Zusammenhang mit den Universitäten, und mit 0% in anderen Bereichen. Ich will ein Beispiel dafür geben: Die Werkstatt 3 in Altona. In der Werkstatt 3 ist seit 40 Jahren der Zuschuss nicht gestiegen. Seitdem ist er bei 100 000 Euro. Wenn man 40 Jahre einen Zuschuss nicht steigert, aber im Wesentlichen Ausgaben im Personal hat, bedeutet das doch heutzutage, dass der Zuschuss mehr als halbiert worden ist! Das ist die Kürzung! Dementsprechend ist es ein Kürzungshaushalt. Ein anderes Beispiel: Die 0,88 oder 1,5%. Das wird wieder nicht die gegenwärtigen Tarifsteigerungen abdecken.“

<https://www.linksfraktion-hamburg.de>

### **Für soziale Gerechtigkeit und gegen Verarmung!**

**KARLSRUHE.** Aus der Haushaltsrede von Sabine Zürn: „Wäre es nicht überhaupt schön, wenn der kommunale Haushalt so verlässlich wäre wie die Arbeit der Beschäftigten in der Stadt? Die ihre Arbeit tun in Ämtern, auf Baustellen, in Einkaufszentren und in Krankenhäusern. Viele haben in den letzten Jahren Arbeitsverdichtung, Verdienstverluste oder prekäre Arbeitsverhältnisse in Kauf nehmen müssen. Mancher Sparvorschlag in der öffentlichen Verwaltung hat den Weg der Beschäftigten in den Burnout beschleunigt. Viele Einrichtungen der Stadt haben, trotz steigender Einwohner\_innen oder -klient\_innenzahlen, stagnierende oder sinkende Zuschüsse der Kommune erhalten. Die Linke ist auch in diesem Jahr der Meinung, dass dieses nicht hätte sein dürfen und nicht wieder geschehen soll ...“

<http://die-linke-karlsruhe.de/>

### **Kommunale Tarifflicht in KASSEL: Bittere Bilanz.**

Eine ... Spielart ist die Gründung von kommunalen aber betriebswirtschaftlich eigenständigen GmbHs. Kommunen gründen eine GmbH und statten diese mit einem Stammkapital aus. Dieses Modell ist in Kassel leider ver-

mehrt zu beobachten. Beispiel JAFKA: Die JAFKA ist eine sogenannte „Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- und Fortbildung mbH“. Zu ihren Aufgaben gehören u.a. die Berufsorientierung, Berufsvorbereitung und Ausbildung von sozial benachteiligten jungen Menschen in Kassel. Die Stadt Kassel ist zu 100 Prozent Eigentümerin der JAFKA und hält bis dato ein Stammkapital von 1,1 Millionen Euro. Die Beschäftigten unterliegen allerdings nicht dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD), sondern müssen sich mit einem eigens für sie geschaffenen Haustarifvertrag zufriedengeben. In diesem verdienen sie aktuell 15 Prozent weniger als ihre städtischen Kolleg\*innen, die sich im TVöD befinden. <https://www.die-linke-kassel-stadt.de>

### **Verdi-Anhörung zu Arbeitsbedingungen am Flughafen:**

Die Beschäftigten haben mehr verdient! Heute (am 2. Oktober) fand im Terminal 1 des FRANKFURTER Flughafens eine Kundgebung in Form einer öffentlichen Anhörung statt, in deren Rahmen in der Gewerkschaft Verdi organisierte Betriebsräte – die insgesamt rund 10 000 Beschäftigte vertreten – von ihren Arbeitsbedingungen berichteten und Forderungen auch an die Politik stellten. Dazu erklärt Janine Wissler, Vorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Hessischen Landtag: „Es ist gut, wenn die Beschäftigten ihre Forderungen laut vorbringen und mit geeinter Stimme sprechen, auch wenn ihre Arbeitgeber teilweise formal Konkurrenten sind. Zu lange wurde der ruinöse Kostenwettbewerb in der Luftfahrtbranche auf dem Rücken der arbeitenden Menschen ausgetragen und das Ganze von der Politik auch noch gewollt und forciert.“ Vor allem die Politik sei hier gefragt. Nicht nur als Gesetzgeber, sondern auch als Mehrheitseigentümer der Fraport. <https://linksfraktion-hessen.de>

### **Bessere Bezahlung für Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen:**

**BERLIN.** Kein Tag vergeht, an dem nicht über die dramatische Personalsituation in den Berliner Kitas berichtet wird. Allein in Pankow können über 1 000 dringend benötigte Kitaplätze wegen Personalmangels nicht vergeben werden. Die Linksfraktion hat deshalb die schlechte Bezahlung von Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen auf die Tagesordnung gesetzt. Auf ihre Initiative beschloss



### **Jetzt Forderungen diskutieren!**

Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat am 04. Oktober 2018 die Kündigung der Entgelttabellen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) zum 31. Dezember 2018 beschlossen.

wir-sind-es-wert.verdi.de/

die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, dass sich das Bezirksamt beim Senat dafür einsetzen soll, für Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen befristet Zulagen zu zahlen. Der Tarifvertrag der Länder (TV-L) bietet diese Möglichkeit, unter anderem zur Bindung von qualifizierten Fachkräften. Berlin braucht dringend mehr Erzieher\*innen und Sozialarbeiter\*innen.“  
<https://www.die-linke-pankow.de>

**Sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst abschaffen:** BREMEN. Gegenwärtig sind etwa fünf Prozent der Arbeitsverträge in der Kernverwaltung und den Ausgliederungen der öffentlichen Hand befristet. Bei Befristungen ist zu unterscheiden nach begründeten Befristungen (Schwangerschaftsvertretung, Arbeitsspitzen) und sogenannten sachgrundlosen Befristungen. Befristungen waren im Arbeitsrecht ursprünglich nur in Ausnahmefällen mit triftigem Grund erlaubt. Seit den 1980er Jahren wurden diese Ausnahmetatbestände immer weiter ausgeweitet und schließlich sogar eine Befristung auf zwei Jahre ohne jeden Sachgrund zugelassen. ... Mit einem Antrag der Linksfraktion soll der Senat unter anderem aufgefordert werden, in der Kernverwaltung, in den Ausgliederungen und Beteiligungen der öffentlichen Hand das Instrument der sachgrundlosen Befristung nicht weiter einzusetzen. Bestehende sachgrundlos befristete Arbeitsverhältnisse sollen in begründet befristete umgewandelt, oder entfristet werden.  
<http://www.dielinke-bremen.de>

**Und täglich grüßt das Murmeltier: Gerechte Vergütung abgelehnt.** SCHWERIN. Zur Ablehnung des Antrags „Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen gerecht vergüten“ erklärt die Vorsitzende und bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Simone Oldenburg: „Und täglich grüßt das Murmeltier. Erneut haben es die Koalitionsfraktionen abgelehnt, die längst überfällige Angleichung der Gehälter von Grundschullehrkräften vorzunehmen. Dabei bleiben sie sich auch in dieser Sache treu: In der Öffentlichkeit versprechen und ankündigen, wenn es konkret wird, lehnen sie ab. Dabei gibt nicht einen Grund für die unterschiedliche Bezahlung von Lehrkräften an Grund- und weiterführenden Schulen. Diese Ungleichbehandlung muss endlich weg. Grundschullehrerinnen und -lehrer müssen für ihre Arbeit endlich so wertgeschätzt werden, wie sie es verdienen. In der Grundschule werden die wesentlichen Grundlagen für den späteren Bildungsweg der Kinder geschaffen. Außerdem ist es wichtig, über eine attraktive Vergütung junge Menschen dafür zu gewinnen, den

Beruf eines Grundschullehrers in M-V zu erlernen und auszuüben. Hier sind unsere Nachbarländer bereits längst weiter. Wen wundert's, dass die Lehrkräfte dorthin gehen?“  
<http://kreisverband.die-linke-nwm.de/>

**Linke fordert bessere Entlohnung für Mitarbeiter der Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM).** DUISBURG. In der Ratssitzung am 1.10.18 beantragt Die Linke eine Entlohnung für die MitarbeiterInnen mit Behinderung in der WfbM, die sich an den gesetzlichen Mindestlohn anlehnt. Hierzu erklärt Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Die Linke, Duisburg: „... Überhöhte Bezüge von GeschäftsführerInnen städtischer Beteiligungsgesellschaften sind ein drängendes Problem ... Allerdings darf in diesem Zusammenhang nicht in Vergessenheit geraten, wer eigentlich im Mittelpunkt der WfbM steht: Die MitarbeiterInnen mit Behinderung. Aber genau diese MitarbeiterInnen leisten dort hervorragende Arbeit und werden nur mit einem winzigen Pseudo-Gehalt entlohnt, das durch Transferleistungen aufgestockt werden muss ... Um eine fairere Entlohnung der MitarbeiterInnen in der WfbM anzustoßen, fordern wir mit unserem Antrag den Oberbürgermeister auf, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung dafür stark zu machen, dass Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zukünftig eine Entlohnung für ihre Tätigkeit erhalten, die sich an den gesetzlichen Mindestlohn anlehnt.“  
<http://www.linksfraktion-duisburg.de>

**„Sanierer“ soll im Klinikum die Macht übernehmen:** OLDENBURG. Oberbürgermeister Krogmann will das Klinikum „transformieren“ und Minister Weil spart Geld. Jetzt ist es raus. Die vom Oberbürgermeister beauftragte Beraterfirma Boston Consulting Group will das Klinikum einem drastischen Sparprogramm unterziehen. Bis 2022 sollen Ergebnisverbesserungen in Höhe von 35 Mio. € jährlich erbracht werden. Es soll zwar keine betriebsbedingten Entlassungen geben, wohl aber eine „Personaldimensionierung“. Im Gutachten steht, was damit gemeint ist: „Kostensenkung“. So sollen in einer „zweiten Welle“ zwischen 11,2 und 16,8 Millionen eingespart werden. ... Ministerpräsident Weil hatte noch im Landtagswahlkampf vor einem Jahr versprochen, die Investitionsmittel für die Krankenhäuser deutlich aufzustocken. Das fehlende Geld soll jetzt durch die vom „Sanierer“ befohlenen Einsparungen aufgebracht und die Landesregierung aus ihrer Verantwortung entlassen werden.  
<http://www.die-linke-oldenburg.de/>

# Einkommensungleichheit in der EU

VON ROLF GEHRING, BRÜSSEL

In einem kürzlich erschienenen Blogpost des Breugel-Instituts<sup>1</sup> in Brüssel wurde dargestellt, dass der EU-weite Gini-Koeffizient<sup>2</sup> der Einkommensungleichheit 2016 ein Drei-Dekaden-Tief erreichte. Der relativ starke Rückgang wurde sowohl von der Konvergenz der Einkommen in einzelnen Ländern als auch von der Verringerung der Einkommensunterschiede zwischen den Ländern bestimmt, letzteres verursacht durch eine Aufholbewegung in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Im Folgenden werden einige der Daten und Schlussfolgerungen aus dem Beitrag zitiert (eigene Übersetzung aus dem Englischen) und dann einige Gesichtspunkte zur Beurteilung aufgeführt.

„Die ärmsten 20% der europäischen Bevölkerung erhielten im Jahr 2007 5% des Gesamteinkommens, in 2016 6%. Dies zeigt gleichwohl zuerst einmal die starke Einkommensungleichheit. Die Entwicklungen der letzten zehn Jahre zeigen jedoch, dass die am niedrigsten verdienende Bevölkerung aufholt. Die zweitärmste Gruppe von 20% – diejenigen, die zu den ärmsten 20% bis 40% im Einkommensverteilungsspektrum gehören – profitierten ebenfalls von einem Anstieg ihres Einkommensanteils von 11,7% im Jahr 2007 auf 12,3% im Jahr 2016.

Im Gegensatz dazu verzeichneten die reichsten 5% der EU-Bürger – diejenigen, die 2007 in der EU 16,3% des gesamten Haushaltseinkommens hielten (und sogar 16,7% im Jahr 2008) – eine leichte Erosion ihres Einkommensanteils auf 15,7% im Jahr 2016. Der Rückgang des EU-weiten Gini-Koeffizienten wird daher von den Entwicklungen am oberen und unteren Ende des Einkommensverteilungsspektrums bestimmt. Von den derzeit 27 EU-Ländern ging der Einkommensanteil der ärmsten 20% in 17 Ländern zurück, blieb in fünf unverändert und stieg in weiteren fünf. Der Anteil der oberen 5% ging in 14 Ländern zwischen 2007 und 2016 zurück, blieb in zwei Ländern praktisch unverändert und stieg in 11 an.

Im Jahr 2007 stammte fast ein Drittel der ärmsten 10% der EU-Bürger aus Rumänien und fast ein Viertel aus Polen. Insgesamt entfielen 2007 auf die zehn mittel- und osteuropäischen Länder 75%



der ärmsten 10% der EU-Bevölkerung. Ihr Anteil am niedrigsten EU-Einkommensdezil sank von 75% im Jahr 2007 auf 54% im Jahr 2016.

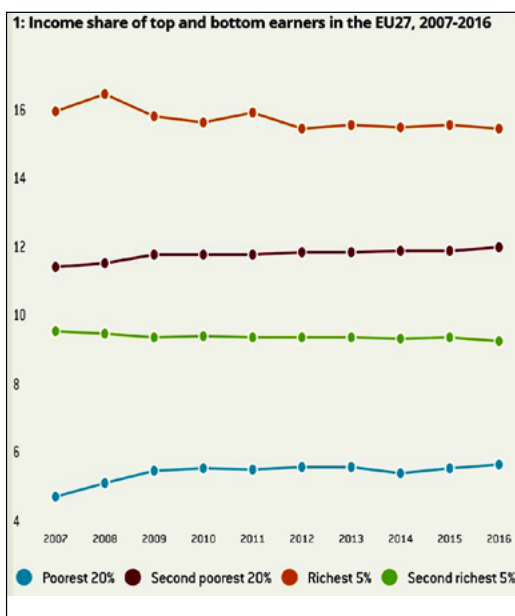
Der Fortschritt der Mitteleuropäer abseits der ärmsten Dezile bedeutet per definitionem, dass Bürger anderer Länder in die unteren Dezile eingetreten sind. Vereinfacht ausgedrückt: Wenn einige Personen in einem Ranking nach oben gehen, müssen andere nach unten gehen. So betrug Italien im Jahr 2007 4,8% des ärmsten EU-Dezils und 8,4% des zweitärmsten EU-Dezils; 2016 war der Anteil Italiens an diesen beiden ärmsten Dezilen jedoch auf 10,8% bzw. 13,5% gestiegen. Gemessen an der Anzahl der Menschen gehörten 2007 6,4 Millionen Italiener zu den zwei ärmsten EU-Dezilen, deren Zahl bis 2016 auf 12,1 Millionen angestiegen ist. Der Rückschlag in Griechenland war gleichmäßiger, weil sowohl die Armen als auch die Reichen Verluste hinnehmen mussten. Die Zahl der Griechen in den beiden untersten Einkommensdezilen ist von 2007 bis 2016 von 2,2 Millionen auf 5,7 Millionen gestiegen. Die Zahl der Griechen, die zu den reichsten 10% der EU-Bevölkerung gehören, fiel von 660 auf 110 Tausend.“

Der Vergleich zwischen den ost- und südeuropäischen Ländern zeigt zuerst einmal ein Absinken der Standards in den südeuropäischen Ländern. Das Heraussteigen aus dem untersten Einkommensdezil in den osteuropäischen Ländern muss also nicht mit einem Kaufkraftzuwachs bei den unteren Dezilen in Osteuropa einhergehen, es geht anderen einfach schlechter. Gleichwohl belegt der zitierte Bericht und zeigen die nebenstehenden Meldungen aus den osteuropäischen Ländern starke reale Einkommenszuwächse und gestiegene Kaufkraftstandards dort.

Allerdings gibt es keine einheitliche Entwicklung, sondern sehr unterschiedliche Tendenzen. Dazu gehören die starke Prekarisierung in diversen wirtschaftlichen Sektoren oder die (auch von der europäischen Kommission derzeit propagierte) Verbetrieblichung der Tarifpolitik. Hinzu kommen eine ausgedehnte Scheinselbstständigkeit oder das florierende Geschäft der Arbeitnehmerüberlassung in Kombination mit Entsendung. In einer Reihe von osteuropäischen Ländern gibt es kaum tariffähige Gewerkschaften und teils ist die betriebliche Ebene auch rechtlich die wesentliche Ebene für den Abschluss von Tarifverträgen. Auch die westeuropäischen Länder kämpfen teils mit einer Erosion der Tarifbindung.

Der Erfolg der lettischen Baugewerkschaft, in Kooperation mit den Arbeitgebern einen allgemeingültigen Tarifvertrag durchzusetzen, ist als eine mögliche Gegenbewegung zu sehen. Auch die Arbeitgeber in diesen Ländern sehen wohl die Notwendigkeit, gegen Schmutzkonzurrenz vorzugehen und so den jeweiligen Sektor gegen Billangebote aus anderen Regionen absichern.

Auffällig ist auch, dass häufig hohe Lohnabschlüsse in den großen Betrieben der multinationalen Unternehmen abgeschlossen werden, vor allem der Automobilindustrie. Hier kann es durchaus den Effekt einer nachholenden Bewegung in der Branche oder auch den jeweiligen Regionen geben. Es besteht aber auch die Gefahr der exklusiven Solidarität auf Unternehmensebene. So sind in der slowakischen Automobilindustrie Betriebsgewerkschaften auf den Plan getreten, die an einer solidarischen Lohn Politik kein Interesse zeigen.



Auf jeden Fall spielen nach wie vor die gesetzlichen Mindestlöhne, wie wir verschiedentlich in den „Politischen Berichten“ gezeigt haben, eine wichtige Rolle bei der Setzung von Standards und einer Aufholbewegung in Richtung der Standards in den westeuropäischen Ländern. Letztlich wird jedoch die Fähigkeit der Gewerkschaften, Tarifabschlüsse zu erreichen, zentral sein, und vor allem die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern.

1) Der Beitrag ist von Zsolt Darvas am 5 Juli 2018 unter dem Topic European Macroeconomics & Governance bei bruegel veröffentlicht. Alle folgenden Zitate sind diesem Beitrag (nicht chronologisch) entnommen. <http://bruegel.org/2018/07/eu-income-inequality-decline-views-from-an-income-shares-perspective/>  
 2) Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Maß zur Darstellung von Ungleichverteilungen. Der Gini-Koeffizient nimmt einen Wert zwischen 0 (alle verdienen das Gleiche) und 1 (eine Person erhält das komplette Einkommen) an.

## DOX Lohnbewegungen in der EU

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

THEMA: Mittel- und Osteuropa holen auf

**BULGARIEN – Durchschnittliches Bruttoeinkommen.** Nach Angaben des Statistikamtes (NSI) stieg der durchschnittliche Bruttomonatslohn in Bulgarien im zweiten Quartal 2018 um 8,2% auf 1.125 Lewa (575,2 EUR – 1 Euro = 1,95583 Lewa). Im Vergleich zum Vorjahr ist der durchschnittliche Monatslohn im öffentlichen Sektor im zweiten Quartal um 9,6% gestiegen, während er im privaten Sektor um 7,6% gestiegen ist. Im Quartalsvergleich stieg das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt im Quartal April/Juni um 4,5%. Die höchsten durchschnittlichen Löhne von 2.663 Lewa wurden in der Informations- und Kommunikationsbranche registriert, gefolgt vom Finanz- und Versicherungssektor mit 1.922 Lewa. Das niedrigste Bruttogehalt von 697 Lewa wurde im Hotel- und Gaststättengewerbe verzeichnet.

**BULGARIEN: CITUB erwartet in vier Jahren 60% des EU-Lohn-durchschnitts.** Der Präsident der bulgarischen Gewerkschaft CITUB ist optimistisch, dass die Löhne im Tempo der letzten Jahre weiter wachsen werden. In vier Jahren würden dann etwa 60% des europäischen Durchschnittslohnes erreicht sein. Der Direktor des Instituts für Sozial- und Gewerkschaftsforschung am CITUB sagte hingegen, dass trotz einer Erhöhung des BIP auf 2,4% für 2017 und 2,3% für 2018 der Arbeitsmarkt von Problemen gezeichnet ist und die sozialen Sicherungssysteme unter Druck stehen.

**LETTLAND: Erster Kollektivtarifvertrag im Bausektor.** Die lettische Gewerkschaft LCA hat das Quorum von 278 Baufirmen erreicht, um den ersten Bausektor-Tarifvertrag zu unterzeichnen. Damit deckt der Tarifvertrag mehr als die Hälfte des Umsatzes im Baugewerbe ab. Dies ist Voraussetzung, um vom zuständigen Ministerium allgemeinverbindlich erklärt zu werden. Der Tarifvertrag legt den Mindestlohn im Bausektor auf 780 Euro pro Monat (4,67 € / h) und sieht 5% Bonuszahlung für bestimmte Qualifikationen vor. Die Verhandlungen dauerten 2,5 Jahre. Der lettische Bauunternehmerverband sieht hier einen Schritt zu einem fairen Wettbewerb in der Bauindustrie.

**LETTLAND: 8,6% mehr als im letzten Jahr.** Nach Angaben des zentralen Statistikamtes stiegen die monatlichen Bruttolöhne und -gehälter für Vollzeitarbeit im Vergleich zu 2017 um 8,6% oder 76

Euro. Die Einnahmen im privaten Sektor stiegen schneller als im öffentlichen Sektor. Die Erhöhung des Mindestlohns von 380 auf 430 Euro, die Einführung der progressiven Einkommensteuer und die Änderung der Höhe des nicht steuerpflichtigen Mindesteinkommens zu Beginn dieses Jahres hatten den größten Einfluss auf die Veränderungen der Durchschnittseinkommen.

**ESTLAND: 7,6% Lohnsteigerung im Vergleich zu 2016.** Nach Angaben von „Statistics Slovenia“ belief sich das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen pro Beschäftigten im Jahr 2017 auf 1155 Euro; dies bedeutet einen Anstieg von 7,6% gegenüber 2016. Die Zahl der Personen mit einem Vollzeitjob stieg 2017 auf 528.735, was einer Zunahme von rund 9 000 im Vergleich zu 2016 entspricht. Der Anteil junger Menschen an den Einkommensempfängern ist in den letzten Jahren allerdings kontinuierlich zurückgegangen.

**ESTLAND: Mindestlohnerhöhung vereinbart.** Gewerkschaften und Arbeitgeber veröffentlichten kürzlich die Ergebnisse von Verhandlungen, die zu einem Mindestlohnabkommen führen sollen. Arbeitgeber und Gewerkschaften haben sich auf ein Modell zur Berechnung der Mindestlöhne geeinigt. Konkret sieht das Verhandlungsergebnis für 2019 vor, die Summe auf 540 Euro oder stündlichen 3,21 Euro zu erhöhen. Die Organisationen haben ihre Mitglieder vor der endgültigen Unterschrift um Kommentare gebeten. Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes will die Mindestlohnfrage am 25.9., der Rat des Arbeitgeberverbandes am 19.9. diskutieren.

**TSCHECHIEN: Kontinuierliche Lohnsteigerungen.** Mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in Europa und einem tendenziellen Mangel an qualifizierten Arbeitskräften steigen die Löhne in Tschechien kontinuierlich. Nach Einschätzung des gewerkschaftlichen Dachverbandes wird sich dieser Trend noch einige Jahre fortsetzen, da die Arbeitskosten immer noch weit unter denen im Westen Europas liegen. Durchschnittlich ist das Lohnverhältnis bei vergleichbaren Tätigkeiten etwa eins zu drei. Die Gewerkschaft vermutet, dass das Land in den nächsten drei oder vier Jahren realistisch einen Reallohnzuwachs von 3 bis 5 Prozent pro Jahr erwarten kann.

**TSCHECHIEN – Lohnentwicklung öffentlicher Dienst.** Die tschechische Koalition hat sich auf eine differenzierte

Gehaltssteigerung von durchschnittlich etwa 8 Prozent geeinigt, wobei die Beschäftigten jetzt die geringste Gehaltserhöhung erhalten. Die Sozialdemokraten waren mit der Forderung von 10 Prozent mehr in die Verhandlungen getreten. Die ANO-Partei hatte 6 Prozent als maximalen Erhöhungsbetrag ausgegeben. Am Ende steht eine substanzielle Erhöhung der Gehälter des öffentlichen Sektors. Die Gehälter der meisten Arbeitnehmer werden um 4% aufgestockt, in bestimmten Kategorien jedoch zwischen 7,3 und 15,9%, was der sozialdemokratische Vorsitzende Jan Hamáček als „Gewinn“ für den Sektor bezeichnete.

Mittlerweile hat das Ministerium für Arbeit und Soziales auch ein Dekret erlassen, mit dem der Mindestlohn ab Januar 2019 um 12,3 Prozent angehoben wird und 50 Prozent des Durchschnittslohns betragen soll (von jetzt 37,5 Prozent). Die Anhebung wird als überfällig angesehen: die Tschechische Republik hat nach Bulgarien, Lettland und Litauen den viertniedrigsten Mindestlohn in der EU.

Quelle: <https://www.radio.cz/en/section/currency/government-agrees-on-public-sector-salary-increases-cut-in-support-for-ngos>

**TSCHECHIEN: Starke Einkommenssteigerungen.** Im Vergleich zum Jahr 2017 wurde im ersten Quartal 2018 das schnellste reale Lohnwachstum seit 2003 verzeichnet. Der durchschnittliche monatliche Bruttolohn pro Vollzeitäquivalent betrug 30 265 Kč (oder 1162 Euro). Das waren laut Statistikamt (ČSÚ) 2685 Kč oder 8,6% mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2017. Im ersten Quartal 2018 stiegen die Verbraucherpreise um 1,9%, so dass die Löhne real um etwa 6,6% stiegen.

**RUMÄNIEN: 12,7% Steigerung bei den Stundenlöhnen.** Nach Angaben des nationalen Statistikamtes (INS) verzeichneten die Arbeitskosten pro Stunde im ersten Quartal 2018 einen Anstieg um 12,7% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der stärkste Anstieg der Stundenlöhne fand im Bausektor statt (19,1%). Die Bergbauindustrie verzeichnete als einzige Branche einen Rückgang der Arbeitskosten pro Stunde um 5% im Vergleich zu 2017.

**RUMÄNIEN: Steigende Kaufkraft.** Laut einer Studie des Marktforschungsunternehmens GfK verzeichnete die Kaufkraft der Rumänen im Jahr 2017 mit 7,8% (EU-Durchschnitt: 1,9%) das höchste Wachstum in der Europäischen Union. Nominal blieb die Kaufkraft des

Landes mit 4556 Euro jedoch auf einem der niedrigsten Niveaus in der EU. Das ist fast viermal weniger als der EU-Durchschnitt von 16 436 Euro.

**SLOWAKEI: Steigende Löhne.** Das Finanzministerium veröffentlichte einen Bericht, der eine deutliche Lohnerrhöhung prognostiziert. Das Wirtschaftswachstum wird sich beschleunigen und im Jahr 2018 voraussichtlich um 4,1 Prozent zulegen. Der Anstieg wird vor allem durch den Konsum der privaten Haushalte und private Investitionen angetrieben. Das nominale Lohnwachstum soll das schnellste seit der Krise sein. Erwartete 40 000 neue Arbeitsplätze werden die Arbeitslosenquote unter 7 Prozent drücken. Auch im kommenden Jahr wird mit einem starken Wirtschaftswachstum gerechnet. Vor allem der Automobilsektor treibt das Wachstum.

**SLOWAKEI: Kompromiss nach Streikdrohung bei Peugeot.** Die in der Gewerkschaft KOVO PCAS organisierten Arbeiter waren empört, dass die Löhne bei Peugeot – mit einem monatlichen Durchschnitt von 1106 Euro – die niedrigsten der drei großen Autobauer im Land waren und drohten, in den Streik zu treten. Nachdem klar geworden war, dass eine Mehrheit der Mitglieder keine Arbeitskämpfmaßnahmen befürwortete, schloss die Gewerkschaft einen Kompromiss, der eine monatliche Grundlohnerhöhung von 50 Euro vorsah. Ursprünglich forderten sie eine monatliche Grundlohnerhöhung von 80 Euro. Neben dem monatlichen Grundeinkommen erhalten die Arbeiter einen individuellen monatlichen Bonus von bis zu 100 Euro.

**Zehntausende POLEN demonstrieren für höhere Löhne.** Zehntausende Menschen sind in Warschau für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten auf die Straße gegangen. Sie folgten einem Aufruf des Polnischen Gewerkschaftsverbandes OPZZ unter dem Motto „Wir haben genug“. 26 000 Menschen nahmen nach offiziellen Zahlen an der Demonstration teil. Man habe genug von den „konzeptlosen“ Reformen der Regierung, sagte der OPZZ-Vorsitzende Jan Gut. „Unsere Familien hungern!“. Zu den Hauptforderungen der Gewerkschaften zählen eine deutliche Anhebung des Mindestlohnes und die Einführung der 35-Stunden-Woche. Vor zwei Wochen hatte die Regierung eine Anhebung des Mindestlohns ab 2019 von derzeit 13,70 Zloty (3,18 Euro) auf 14,70 Zloty (3,40 Euro) beschlossen.

Quelle: Der Standard, 22.9.2018

„**Patriotische Plattform**“ steht vor der Auflösung. Laut Vereinsvorsitzendem und sachsen-anhaltischen AfD-Landtagsabgeordneten H.-T. Tillschneider habe sich der Verein „überlebt“, seine Forderungen seien von der AfD zu „neunzig Prozent“ übernommen worden. Die übrigen „zehn Prozent“ könnten mittlerweile in der AfD „offen“ gefordert werden. Es gebe deshalb „keinen erkennbaren Mehrwert“ durch die Plattform.

Um eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu verhindern, will die AfD auf Distanz zu Rechtsextremen gehen. „Wir müssen auch eine unglückliche Verquickung mit der Identitären Bewegung lösen“, sagte Tillschneider. Deshalb werde er zum 1. Oktober sein Wahlkreisbüro in Halle schließen, das unter der gleichen Adresse firmiert wie ein Zentrum der vom Verfassungsschutz beobachteten „Identitären Bewegung“. Tillschneider verwahrte sich jedoch gegen den Eindruck, es gebe inhaltliche Unterschiede zwischen der AfD und den Rechtsextremen. „Die AfD will das Gleiche wie die Identitäre Bewegung, inhaltlich gibt es keinen Dissens“. Beiden gehe es darum, „das deutsche Volk als ethnokulturelle Einheit zu erhalten“, sie seien „unterschiedliche Ausprägungen ein- und derselben Zeitenwende“. Es gehe nur um eine „strukturelle Entflechtung“, es werde ein „Angriffspunkt zugemacht“ und eine „Flanke geschlossen“.

**CDU schließt CDU-AfD-Koalition in Sachsen nicht aus.** Dazu erklärt Antje Feiks, Landesvorsitzende von Die Linke: „Ein Blick ins Nachbarland Österreich zeigt, wohin die Reise bei schwarz-blauen Koalitionen geht: Weiterer Abbau des Sozialstaats und von Grundrechten und damit letztlich eine weitere Spaltung der Gesellschaft. Diese Kombination aus wirtschaftspolitischem Neoliberalismus einerseits und gesellschaftspolitischem Antiliberalismus andererseits ist extrem gefährlich.“ In Österreich hat die Bundesregierung aus ÖVP und FPÖ die Höchstarbeitszeit kräftig heraufgesetzt: Bis zu 12 Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche soll künftig gearbeitet werden. Es wurden Steuererleichterungen für Wohlhabende, Immobilieninvestoren und Großkonzerne beschlossen. Ein Langzeitarbeitslosenprogramm wurde abgeschafft, Ruhezeiten für Mitarbeiter im Gastgewerbe gekürzt. Geplant sind zudem Kürzungen bei der Unfallversicherung und beim Arbeitslosengeld. „Um es deutlich zu sagen: Kleine Leute und Normalverdiener werden unter einem schwarz-blauen Kürzungsregime in

Sachsen genauso zu leiden haben, wie Frauen, Minderheiten und beispielsweise Kulturschaffende. Wir als Linke setzen hingegen auf Zusammenhalt durch Solidarität und werden für ein soziales Sachsen streiten.“

**Jüdische Bundesvereinigung innerhalb der AfD soll gegründet werden.** Der Organisator ist AfD-Stadtverordneter in Wiesbaden. J. Gutmark, Landesvorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Hessen, sagt, der Initiator sei nicht einmal Mitglied der Jüdischen Gemeinde in Wiesbaden. Politisch wirft er den Gründern der Vereinigung vor, „unter falscher Flagge zu segeln“. Die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD) als demokratisch gewählte Vertretung für 25 000 jüdische Studierende und junge jüdische Erwachsenen ruft dazu auf, ein starkes Zeichen gegen die AfD und ihre versuchte Instrumentalisierung von Juden zu setzen!

**Keine Steuergelder für die Desiderius-Erasmus-Stiftung!** Die Bildungsstätte Anne Frank fordert in einem offenen Brief an Bundesinnenminister Seehofer eine Überprüfung der AfD-nahen Stiftung von unabhängigen Expert\*innen. „Wenn perspektivisch öffentliche Mittel für eine Stiftung ausgegeben werden, deren Vertreterinnen die Verbrechen der Nationalsozialisten verharmlosen und somit ein Geschichtsbild proklamieren, das weder den moralischen noch den wissenschaftlichen Standards genügt, konterkariert dies die langjährigen, erfolgreichen Bemühungen im Feld der Erinnerungspolitik und Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte.“

Link zur Online-Petition: <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-steuergelder-fuer-geschichtsrevisionismus>

**Die Causa Maaßen ist ein Alarmzeichen.** „Eine Lehre aus Weimar muss sein, dass alle Alarmglocken schrillen müssen, wenn Teile der Funktionseliten des Staates auf die Seite der Feinde der Demokratie gehen. Der von Martin Schulz (SPD) erhobene Vorwurf, die rhetorische Figur der Reduzierung aller Probleme auf eine einzige Ursache, einen einzigen Sündenbock, sei ein „tradiertes Mittel des Faschismus“ (Ebd., S. 5038) ist völlig richtig und nach den Ereignissen von Chemnitz auch eine angemessene Beschreibung der realen Gefahr.“ Dr. Gerd Wiegel, Die Linke; AfD im Bundestag, Sitzungswoche 11.-14. September 2018. □

## Lektürebericht

# „Sozial ohne rot zu werden“

ASTRID FRENZEL, DREIEICH

## Arbeitswelt ist geprägt von Globalisierung und Abstiegsängsten

Wie oft habe ich in den letzten Jahren vehement gegen die Verlagerung von immer mehr Arbeitsplätzen meiner Kollegen in Deutschland nach Polen, Tschechien, Ungarn oder auch nach Indien oder China gekämpft? Als Gewerkschafter\*in und Betriebsrät\*in ist es bitter, diesen Prozess nicht wirklich aufhalten zu können und letztlich ratlos dazustehen. In Konkurrenz mit diesen anderen Standorten, in Konkurrenz mit diesen anderen Kolleg\*innen zählen nur Zahlen: Standortfaktoren (wie billigere Mieten, geringere Steuern, Förderungen), Gehälter (da sind unsere ausländischen Kollegen immer noch billiger) und ggf. zu unseren Gunsten Arbeitsproduktivität und Qualität. Sicher scheinen nur noch Arbeitsplätze zu sein, die Kunden vor Ort hier in Deutschland bedienen und auch einen Vor-Ort-Einsatz bedingen. Und auch hier gibt es die Konkurrenz über Werksverträge oder Leiharbeit.

Gemeinsam mit meinen Kolleg\*innen habe ich die Entsolidarisierung durch Ausgründung von vielen kleinen Tochterfirmen, jeweils verbunden mit dem Ausstieg aus dem Tarifvertrag, die Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden (obwohl die IG Metall in den 90er Jahren auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche war), den Abbau von freiwilligen, betrieblichen Sozialleistungen und vieles andere mehr vergeblich bekämpft.

So kommt es, wie die Hans-Böckler-Stiftung in einer Studie zusammenfasst, dass Abstiegsängste sehr wohl auch Personen betrafen, „die nicht unmittelbar vom sozialen Abstieg bedroht sind.“ „Es scheint somit nicht nur um konkrete Erfahrungen sozialer Ausgrenzung und sozialen Abstiegs zu gehen, sondern vielmehr um die Angst davor. Diese Angst speist sich aus konkreten Erfahrungen, insbesondere im Arbeitskontext. Dieses diffuse Gefühl der Verunsicherung macht sich die AfD zunutze.“

## Gewerkschaftliche Politik

Ja, und gleichzeitig hat meine Gewerkschaft, die IG Metall, auch jahrelang all diese Entwicklungen mitgetragen, angefangen vom „Bündnis für Arbeit“ über Hartz IV, die Riesterreute als kapitalorientierte „Alternative“, um das Pro-



blem der Kürzung der staatlichen Rente zu privatisieren.

Daher ist für mich die Frage von Stefan Dietl in seinem Buch „Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und völkischem Antikapitalismus“ nach der gewerkschaftlichen Rolle beim Aufstieg der AfD durchaus berechtigt. Also letztlich – welche Rolle spielen die sozialen Ängste der Menschen, die durch die Globalisierung verursacht werden und die Unfähigkeit unserer Politik und Gesellschaft, darauf im Interesse der Menschen zu reagieren? Dabei hat eben auch die Gewerkschaft versagt.

#### Die AfD als „Partei der sozial Schwachen“?

Die AfD präsentiert sich gern als „Partei der sozial Schwachen“. „Sozial ohne rot zu werden“ stand z.B. auf einem Plakat der AfD zum 1. Mai 2018. Die Partei wendet sich damit ganz bewusst an das Klientel der Gewerkschaften und hat damit auch durchaus Erfolg.

Stefan Dietl geht in seinem Buch genau dieser Frage nach, warum die AfD mit dieser Selbstdarstellung durchaus überzeugt und warum überdurchschnittlich viele Gewerkschaftsmitglieder diese rassistische Partei wählen. Obwohl sich die Gewerkschaften selbst intensiv an Bündnissen gegen Rechts beteiligen und immer wieder zu null Toleranz gegen Rassismus aufrufen.

Er untersucht, welche Rolle die soziale Frage in der AfD tatsächlich spielt und wie sozial ihre Politik ist, vor allem anhand des Grundsatzprogramms und der vorherrschenden Debatten zwischen den verschiedenen Flügeln der Partei. Aber auch anhand von ganz konkreter Politik der AfD in den Parlamenten, in denen sie bereits agiert. Dabei analysiert er zunächst, woher sich die AfD und ihre Hauptströmungen eigentlich rekrutieren, aus dem marktradikalen, neoliberalen Flügel, der momentan in der Partei offenbar noch dominiert und

dem offen völkischen Antikapitalismus, der sich nicht schämt, den deutschen Faschismus zu verharmlosen und offen gegen Ausländer und Asylbewerber in Deutschland zu hetzen.

Mit vielen Quellen hinterlegt ist vor allem die Analyse der AfD mit ihrer Entwicklung aus den rechten Flügeln von CDU und FDP mit Beteiligung von neoliberalen „Wirtschaftsweisen“ und Mittelstands-Unternehmern. „Der AfD gelang es, sowohl marktradikale Eliten als auch nationalkonservative Hardliner\*innen, christlich-fundamentalistische Aktivist\*innen und völkische Nationalist\*innen zu vereinen.“

Stefan Dietl untersucht die Hintergründe der zutiefst rassistischen Anschauungen in der AfD und betont: „Über die Stellung der AfD zur sozialen Frage kann man jedoch nicht sprechen, ohne auch ihren Rassismus, ihren Antisemitismus, ihren ausgeprägten Familismus, der seinen Ausdruck unter anderem in Antifeminismus und Homophobie findet, und ihre feindliche Haltung gegenüber Menschen mit Behinderung zu beleuchten.“ „Vor allem Protagonist\*innen der Neuen Rechten wurden (hier) zu Ideengeber\*innen und strategischen Vordenker\*innen der AfD.“

Die sozialpolitische Programmatik untersucht der Autor mit vier Schwerpunkten, wobei er auch jeweils die Differenzen zu diesen Punkten innerhalb der Partei benennt:

- Öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Sicherungssysteme,
- Arbeitsmarktpolitik,
- Bildungspolitik,
- Steuerpolitik.

Als Fazit fasst Stefan Dietl zusammen, dass in allen Positionen der marktradikale, neoliberale Flügel mit dem Abbau von staatlicher Absicherung und allgemeiner Privatisierung der bisherigen gesetzlichen System dominiert, aber Zugeständnisse an den völkisch-nationalistischen Flügel der Partei gemacht wurden und „einige der unpopulärsten Positionen scheinbar revidiert (wurden), auch um die Partei für neue Wähler\*innenschichten zu öffnen.“ So veränderte sich z.B. die Position der AfD zum Mindestlohn, der zu Anfang vehement abgelehnt wurde. Insgesamt waren „die Zugeständnisse an das völkisch-nationalistische Lager, welches dem Staat eine wesentlich aktivere Rolle in Wirtschaft und Gesellschaft zuweist und Privatisierungen ablehnend gegenüber steht“, gering. „So verabschiedete die Partei lediglich eine Position gegen die Privatisierung von Trinkwasser und die Forderung nach Bürger\*innenentscheiden bei Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

In der Bildungspolitik setzt die AfD

ausschließlich auf die Verwertungslogik nicht auf die Wissensvermittlung. Stefan Dietl zitiert hier den Sozialwissenschaftler Andreas Kemper: „Die AfD will den Zugang zum Studium und Gymnasien erschweren (...) Ziel soll es sein, eine „Elite“ zu formen. Typischerweise trifft das Kinder aus einkommensschwachen Familien, die sich nicht teuren Privatunterricht leisten können.“ Und Dietl weiter: „Das Leistungsprinzip dient hierbei zur Rechtfertigung sozialer Ungleichheit. Im Rahmen dieser Logik gilt es dann auch, ‚leistungsstarke‘ Schüler\*innen von ‚leistungsschwachen‘ zu trennen.“

Bei der Steuerpolitik wiederum bedient die AfD vor allem Besserverdienende und Vermögende mit der Abschaffung der progressiven Einkommenssteuer, der Vermögens- und der Erbschaftssteuer. Und es geht um Steuersparmodelle für Unternehmen. Im Grundsatzprogramm der AfD „versucht man (...), die Pläne als gerechte Entlastung des Mittelstandes darzustellen...“. „Steuererleichterungen von Unternehmen und Vermögenden sollen durch Einschränkungen staatlicher Maßnahmen insbesondere im sozialpolitischen Bereich finanziert werden.“

Was daran sozial ist, fragt sich nicht nur Stefan Dietl.

Viele dieser geplanten Einschnitte werden populistisch begründet und wenden sich an die „Deutschen“ mit den „traditionellen deutschen Tugenden“ wie Fleiß, Einsatzbereitschaft und konservativen Moralvorstellungen z.B. mit der Forderung, keine Hilfe für Menschen, die es „gezielt darauf anlegen, in die Bedürftigkeit zu fallen“. Unter dem Motto „Die Einwanderung in deutsche Sozialsysteme muss verhindert werden“, diffamiert sie jede Asyl- und Einwanderungspolitik.

#### Gewerkschaftliche Gegenpolitik

Aber der eigentliche Schwerpunkt des Buches ist das Kapitel „Die AfD stoppen – Gegenmacht organisieren“. Hier plädiert der Autor für eine neue gewerkschaftliche Strategie. Natürlich müssen auch die Gewerkschaften weiterhin eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Zielen der AfD und den dahinter stehenden Gesellschaftsentwürfen betreiben. Natürlich müssen die Gewerkschaften weiterhin klar Position gegen den Rassismus und Nationalismus der AfD beziehen, gegen die Ausgrenzung von sozial Benachteiligten, Flüchtlingen und Migrant\*innen.

Vor allem brauche es aber „ein Umdenken der Gewerkschaften selbst, in dessen Mittelpunkt die Überwindung der Sozialpartnerschaft, Korporatismus und Standortnationalismus stehen müssen“. „Anstatt die herrschende Politik mitzutragen, müssen die Gewerkschaften wieder zum Träger der sozialen Proteste werden.“ □





## Der Hamburger „Kriegs-Klotz“

# Ein steinerneer Bezugspunkt für lebendige Aktionen

INTERVIEW MIT ULI HENTSCHEL, PASTOR IM RUHESTAND, HAMBURG

**POLITISCHE BERICHTE:** Inmitten von Hamburg, am Dammtorbahnhof, befindet sich ein abscheuliches Kriegerdenkmal, genannt „Kriegsklotz“. Kannst Du uns etwas zu seiner Geschichte sagen?

**ULI HENTSCHEL:** Dieses Kriegerdenkmal ist das größte in der ganzen Stadt Hamburg und zentral gelegen. 1936 von Richard Emil Kuöhl (1880 bis 1961) gebaut, also von Nazis in Auftrag gegeben und mit einer eindeutigen Nazibotschaft versehen. Es sollte an die im Ersten Weltkrieg Gefallenen erinnern und es sollte vorbereiten und dienen einer neuen Propaganda für einen neuen Krieg. Darum die zentrale Parole auf diesem Kriegsklotz „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen“. Dieses Denkmal war Anlauf für Propagandaaktionen der Nazis.

Nach 1945 hatten die Briten kurzzeitig vorgesehen dieses Denkmal zu sprengen. Das hat aber nicht stattgefunden. Erst im Kontext der Friedensbewegung in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre wurde Kritik an der kriegsverherrlichenden Botschaft laut. Es kam dann 1985 zur Errichtung eines sogenannten Gegendenkmal von Alfred Hrdlicka: „Feuersturm“ und „Flucht Cap Arcona“.

Es befanden sich jetzt also zwei Denkmäler auf dem Stephansplatz. 2010 entstand dann das „Bündnis für ein Deserteursdenkmal“. Zahlreiche Aktivitäten führten 2015 zur Errichtung eines Deserteursdenkmals; mit dem Ergebnis, dass sich jetzt drei Denkmäler an diesem einen Platz befinden, in unterschiedlicher Weise auf den Ersten und Zweiten Weltkrieg bezogen.

**POLITISCHE BERICHTE:** Warum ist es bisher nicht gelungen, dieses Denkmal

einfach abzureißen und zu beseitigen?

**ULI HENTSCHEL:** In der Tat wäre das vermutlich sinnvoll gewesen, wenn dieser Kriegsklotz durch die alliierten Truppen gesprengt worden wäre. Aber das haben Hamburger Bürgerinnen und Bürger verhindert. Nun ist er da. Und seitdem ist diese Idee, ihn einfach abzureißen, immer wieder aufgetaucht, aber politisch nicht realisierbar gewesen. Insofern ist dieses Nazi-Monument auch Ausdruck einer bestimmten Kriegsbewältigung oder auch Nicht-Bewältigung.

Der Kriegsklotz ist über drei Jahrzehnte hinweg Anlaufstelle gewesen für eine Verklärung und Verherrlichung des Ersten Weltkrieges und auch des Zweiten Weltkrieges. Es gab rechte Verbände, z.B. SS-Veteranen, junge Nazi-Gruppen, und Burschenschaften, die bis hinein in unser Jahrhundert ihre Kundgebungen an diesem Kriegsklotz machten. Er blieb Propagandaort für diejenigen, die dem deutschen Faschismus und der deutschen Kriegsherrlichkeit nachtrauerten. Dazu kam dann noch für viele Jahre die Beteiligung der Bundeswehr. Es wurde also auch hier ein ungebrochenes Verhältnis der Bundeswehr zur Wehrmacht und zu alten militärischen Naziverbänden demonstriert. Das hat immer wieder Anstoß gegeben.

Auf der anderen Seite gab es bereits 1956 in der Zeitschrift „Konkret“ einen kritischen Artikel zum Kriegsklotz. Die Kriegsgegner, die damals gegen die Wiederaufrüstung und mit der geplanten Atombewaffnung der BRD („Kampf dem Atomtod!“) nicht einverstanden waren, haben sich an dem Kriegsklotz gerieben. Darum ist der Kriegsklotz symbolischer und realer Austragungsort einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung um Krieg und Frieden und Militarisierung.

So war es auch, als 1981 auf dem Kirchentag in Hamburg die erste große Friedensdemonstration nach den 50er Jahren hier ihren Ausgangspunkt nahm. Das hat dann auch den Kriegsklotz wieder in ihr Bewusstsein gerückt. Unter den ca. 100 000 Männern und Frauen befanden sich auch einige, die mit Hammer und Meißel versuchten, dieses Monument der Kriegspropaganda zu beschädigen. Plötzlich war der Kriegsklotz wieder in der Debatte. Und die offizielle Politik sah sich dann doch genötigt, etwas zu unternehmen. Sie wollte sich nicht vorwerfen lassen, dass sie die Propaganda des Kriegsklotzes toleriere.

**POLITISCHE BERICHTE:** Wie haben die Öffentlichkeit und die offizielle Politik dann reagiert?

**Zur Person:** Mein Name ist ULRICH HENTSCHEL, ich bin 68 Jahre alt und war fast 40 Jahre lang Pastor. Die letzten Jahre in einer Gemeinde in Hamburg Altona, danach bis zu meiner Pensionierung fünf Jahre Studienleiter für Erinnerungskultur an der evangelischen Akademie der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche). In diesem Zusammenhang bin ich engagiert in der Auseinandersetzung um Kriegerdenkmäler, unter anderem eine Zeitlang mit dem „Kriegsklotz“ am Hamburger Dammtorbahnhof u.a. in Kooperation mit dem Bündnis für ein Deserteursdenkmal. Foto: (Gert Krützfeldt): Ulrich Hentschel spricht auf der Kundgebung am 1. September 2018, dem Anti-Kriegstag, vor dem Kriegsklotz in Hamburg am Stephansplatz.





ULI HENTSCHEL: Es wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, an dessen Ende nach vielem Hin und Her der Wiener antifaschistische Künstler Alfred Hrdlicka einen Gegenentwurf machte. Der wurde aber aus verschiedenen Gründen nicht vollendet. Das Erschütternde ist, dass dieses sogenannte Gegendenkmal nur zwei Skulpturen zeigt: eine Figur erinnert an die „Aktion Gomorrha“, also den Feuersturm in Hamburg, und die andere an die Versenkung der „Cap Arcona“ mit Tausenden von KZ-Häftlingen an Bord. Für beide Bombardierungen war die britische Luftwaffe verantwortlich. Darum hat das Denkmal von Alfred Hrdlicka auch rechte Gruppen und die Nazis kaum gestört. Sie konnten es benutzen für ihre Propaganda gegen die Alliierten. Es war als Gegendenkmal gemeint, aber so wie es da stand, auch in einer Distanz zum Kriegsklotz, die diesen ästhetisch unangefochten ließ, war es kein Gegendenkmal, sondern eine Art Ergänzung. Hrdlicka hat zwar das Leid und Elend als Folge des deutschen Angriffskrieges gezeigt. Aber das Denkmal vermittelt eben dies nicht.

POLITISCHE BERICHTE: Hat sich die Friedensbewegung damit abgefunden?

ULI HENTSCHEL: Nein. Ende der 80er Jahre, als die sogenannte Wiedervereinigung anstand, rückte

auch die Frage von Krieg und Frieden wieder in den Diskurs – sowohl bei der rechten wie aber auch bei der alternativen und linken Bewegung. So wurde auf der einen Seite 1991 ein Verein zur Erhaltung des „76er-Denkmal“ gegründet. Die Zahl 76 erinnert an das „76. Infanterieregiment“. Deswegen „76er-Denkmal“. Es entstand also ein Verein, dem es um Glorifizierung ging. Er putzte das Denkmal heraus, ließ sogar Beleuchtung installieren. Auf der anderen Seite war der Kriegsklotz im April 1999 Startpunkt für eine Demonstration gegen den Eintritt der damaligen rot-grünen Bundesregierung in den Krieg gegen Jugoslawien. Bei dieser Gelegenheit wurden oben in dem Relief die umlaufenden Soldaten rot und grün angemalt: Rot-Grün marschiert in den Krieg. Später gab es noch eine andere Aktion: Ein Soldat marschiert rückwärts aus der Reihe und will sich nicht mehr in den Zug der marschierenden Soldaten einreihen.

Es gab also immer beides. Kriegsklotz als Anlaufpunkt für Glorifizierung und gleichzeitig auch Anlaufpunkt für antimilitaristische Aktivitäten. Es ist nicht möglich, ein Denkmal zu schaffen, das eine gültige Wahrheit verkündet. Der Kriegsklotz ist immer ein Ort, an dem sich die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Frage von Krieg und Frieden, von Aufrüstung und Nicht-Aufrüstung dokumentiert.

POLITISCHE BERICHTE: Wie bewertest Du heute dieses dreifache Denkmal?

ULI HENTSCHEL: Erst einmal möchte ich selbstkritisch sagen, dass wir, die wir uns am Entstehungsprozess des Deserteursdenkmals beteiligt haben,

**„Deutschland muss sterben, damit wir leben können!“** – das war der Titel eines Songs der Gruppe „Slime“ im Jahre 1981. Die Gruppe wurde daraufhin angeklagt, wurde dann aber wegen künstlerischer Freiheit freigesprochen. Diese Parole „Deutschland muss sterben ...“ erschreckt am Anfang, denn geht sie nicht zu weit? Ich würde inzwischen sagen: Nein, sie geht nicht zu weit. Das Deutschland, das an diesem Kriegsklotz mit der Parole verherrlicht worden ist, „Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen!“ – dieses Deutschland sollte tatsächlich sterben und zu Ende gebracht werden. Dafür setze ich mich politisch ein nach all meinen Möglichkeiten.

auch einen politischen Kompromiss eingegangen sind mit den Hamburger Parteien, um überhaupt dieses Denkmal zu errichten. Aber das ist eben problematisch. Weil nach der Einweihung dieses Deserteursdenkmals, an der auch der Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz mit großen Worten beteiligt war, die Hamburger Politik sich auf die Schulter klopfen konnte: so, jetzt haben wir unsere Geschichte bewältigt. Wir haben jetzt auch noch die Deserteure anerkannt und ihnen

ein Denkmal gesetzt. Wir sind jetzt frei von Schuld und Verantwortung, die sich aus der Geschichte ergibt – wir können neu beginnen. Auch in der Militärpolitik. Eine Bundeswehr, die ihre erinnerungspolitische Pflicht erfüllt hat, kann wieder machen was sie will. Darum bleibt es eine Aufgabe für friedensbewegte Menschen, diesen Ort weiterhin zu fokussieren, ihn als steinernen Bezugspunkt für lebendige Aktionen zu nutzen, die sich kritisch gegen die Militärpolitik dieses Landes artikulieren. So könnte das Denkmal-Ensemble am Stephansplatz bleiben, was es immer schon war: ein Ort gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Das wird aber niemals von den Parteien kommen. Das muss nach wie vor immer neu eine Aufgabe von Friedens- und antimilitaristischen Initiativen sein. Darin sehe ich heute die Herausforderung.

POLITISCHE BERICHTE: Wir bedanken uns für das Gespräch!

## Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung:

# „Flucht, Migration und die Linke in Europa“

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM



2017 erschien in Buchform eine informative Studie herausgegeben von Michael Bröning und Christoph P. Mohr, „Flucht, Migration und die Linke in Europa“ (2017, Bonn, Dietz Verlag). Bröning ist Leiter des Referats In-

ternationale Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin, Mohr Mitarbeiter dieses Referats der FES. Gemeinsam mit 26 Autorinnen und Autoren aus verschiedenen Ländern versucht der Sammelband in Länderberichten (Teil I) und thematischen Querschnittsanalysen (Teil II) eine „... ebenso kontroverse wie realistische Bestandsaufnahme der aktuellen Debatte“ (Klappentext) um Flucht, Asyl, Migration in Europa zu geben. Mit der „Linken in Europa“ ist damit das Parteienspektrum hauptsächlich der Sozialdemokratie, teilweise der Grünen und eher am Rande der parteimäßigen Linken in Europa gemeint.

Die Herausgeber vertreten die These, die inzwischen sowohl in der Parteiensoziologie wie in der praktischen Parteipolitik ein erhebliche Rolle spielt, dass nach dem Konflikt um konfessionelle Bekenntnisse „im Zentrum politischer Identitätsbestimmung“, ergänzt um die Frage nach Eigentumsverhältnissen im Zuge der Industrialisierung, sich „... in den vergangenen Jahren in vielen europäischen Gesellschaften die Bewertung von Migration zu einer Kernfrage politischer Positionsbestimmungen und zu einer der zentralen politischen Herausforderungen der Gegenwart entwickelt“ hat. Demnach hat sich also die „Bewertung von Migration“ zu einer neuen Konfliktlinie der Gesellschaft („Cleavage“-Theorien der Wahlforschung) entwickelt. In den Querschnittsanalysen des Teils II wird diese Theorie unter dem Titel „Kosmopolitismus versus Kommunitarismus – ein neuer Konflikt“ von dem Politikologen Wolfgang Merkel weiter thematisiert. Vereinfacht gesagt gibt es „Globalisierungsgewinner“, „Kosmopoliten“, und Globalisierungsverlierer, „Kommunitaristen“, und der Konflikt, die unterschiedliche Sicht auf die Welt und die Gesellschaft ergibt sich demnach aus der Frage „Wie weit sollen die Grenzen der Nationalstaaten geöffnet und inwieweit sollen sie geschlossen werden?“ (W. Merkel). Die Angemessenheit dieses Ansatzes für die Analyse und Bewertung gegenwärtiger Kontroversen und für

praktische Konsequenzen der Politik z.B. im Kampf gegen Rechts soll und kann an dieser Stelle nicht weiter verfolgt werden sondern erfordert eine getrennte Behandlung. Als gewissermaßen unterlegte These für eine Studie „Flucht, Migration und die Linke in Europa“ zeigt sich daran aber die Schwierigkeit des gewählten Ansatzes in der Zusammenstellung und der Fragestellung der Beiträge:

Wie in der aktuellen praktischen Politik werden mehrere Fragen zu scheinbar einer Fragestellung verbunden und je nach praktischem Interessensstandpunkt könnten ganz unterschiedliche theoretische und praktische Konsequenzen daraus geschlussfolgert werden. (Die möglichen Schlussfolgerungen sind aber nicht das erklärte Ziel der Herausgeber, sondern die Bestandsaufnahme.) Aber eben auch in der Bestandsaufnahme sind mindestens drei unterschiedliche Fragestellungen verknüpft, die dann auch die Analysen prägen:

1. Flucht, Asyl, Migration – sowohl als Auswanderung wie als Einwanderung – nach Europa und in Europa (alleine nochmal in sich drei unterschiedliche Fragen) als gesellschaftliche Aufgabe für linke Politik im weitesten Sinne in den europäischen Ländern,

2. die sozialen Veränderungen in den Ländern des „europäischen Nordens“ und die Verschiebungen im Parteiensystem (Verluste der Sozialdemokratie und Gewinne des sog. „Rechtspopulismus“),

3. der Kampf gegen Rechts und die Feindbestimmung „Flüchtlinge“, „Aus-

länder“, „Migranten“ in der nationalistischen, identitären Propaganda des sog. „Rechtspopulismus“ und der „neuen Rechten.“

Mit dieser Vermischung von Fragestellungen durch die Fokussierung auf aktuelle Konflikte, so wie die politische Auseinandersetzung darum geführt wird, kommt z.B. auch in der Bestandsaufnahme überhaupt nicht zur Sprache, dass die politischen Konflikte um „Flucht, Asyl, Migration“ sowohl bereits in den 1990er Jahren wie auch heute jeweils eine konkrete, hauptsächliche Fluchtursache hatten: die Jugoslawienkriege und die Kriege im Nahen Osten, insbesondere Syrien. (Das stellt per se eigentlich schon vorschnelle generalisierende sozialwissenschaftliche Theoriebildungen an der Entwicklung dadurch beeinflussten aktuellen Geschehens in Frage.)

Auch fällt an den Länderstudien auf, dass die Diskussion um die Programmatiken linker Parteien immer im jeweils nationalen Rahmen beleuchtet werden. So fällt offensichtlich nicht als bemerkenswert auf, dass in keinem der untersuchten Länder die Diskussion mit einem Bezug auf gemeinsame internationale Regelungen, Vereinbarungen, Handlungsvorschläge der UNO oder der internationalen Flüchtlingsorganisationen geführt wird.

Ein Ergebnis der Bestandsaufnahme in 12 europäischen Ländern ist, dass in allen untersuchten Ländern – Deutschland ist nicht Teil der Bestandsaufnahme – die Frage „Flucht, Asyl, Migration“ von rechtspopulistischen Parteien aufge-

griffen wahlentscheidend wurde. Unter diesem Druck haben die Mitte-Links-Parteien in unterschiedlicher Weise dem von Rechts beherrschten Diskurs nachgegeben. Für Großbritannien wird der Frage „Flucht, Asyl, Migration“ als ein wesentliches Thema des Brexits analysiert. In allen behandelten Ländern hätten die Mitte-Links-Parteien nur reagiert, aber keine eigenen Lösungen rechtzeitig entwickelt.

In Teil II der „politischen Einordnung“ wird versucht die Diskussion in den Organisationen unter bestimmten Fragestellungen – u.a. Diskussion in den Gewerkschaften, „Rassismus“ als Erklärungsmuster – oder eben der bereits genannten Cleavage-Theorie behandelt. Der Beitrag von Aydan Özgüç, nach der Bundestagswahl 2013 Beauftragte der Bundesregierung für Migration Flüchtlinge, Integration und Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin, hebt sich deutlich in Analyse und Praxisorientierung von anderen Teilen dieses Abschnittes ab: sie versucht zunächst die Fakten der Entwicklung von Flucht, Asyl, Einwanderung nach und in Deutschland zu umreißen, um dann Eckpunkte eines Leitbildes für Politik in Deutschland dazu zu skizzieren.

Einfache Handreichungen für linke Politik in Deutschland kann niemand erwarten. Aber ein Einstieg in die Diskussion zwischen den behandelten Mitte-Links-Parteien könnte der Sammelband sowohl im Informationsgehalt wie in den aufgeworfenen wie in den fehlenden Fragestellungen durchaus sein. □

## CDU/CSU-Abgeordnete ziehen die Notbremse – wird die Fahrt der Kanzlerin weitergehen?

HARALD PÄTZOLT, BERLIN, 28.9

Die Abwahl von Volker Kauder vom Fraktionsvorsitz der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ... ist eine Niederlage für die Parteivorsitzende und Kanzlerin Angela Merkel. Sie hatte für ihn geworben und verliert mit ihm eine zuverlässige Stütze des „Systems Merkel“, schließlich hatte Kauder 13 Jahre lang ihr die bedingungslose Gefolgschaft der Fraktion gesichert.

Ob die Regierungschefin durch die Wahl von Ralph Brinkhaus geschwächt ist, ihr gar ein Putsch drohe (BILD), das Ende ihrer Kanzlerschaft näher gerückt sei – darüber wird, über letzteres bereits seit Jahren, in den Medien viel räsoniert. Tatsache ist jedenfalls, dass die (im Übrigen wenig im Sinne des GG liegende) Achse Kanzleramt–Fraktionsspitze, die die Rolle der Unionsfraktion auf die der bloßen Mehrheitsbeschafferin gestützt

hatte, zuletzt immer weniger Erfolg für Merkel & Co. sichern konnte. Die Causa Maaßen machte das nur offenbar. Erinnern wir uns:

1. Für die Parteientwicklung von CDU und CSU ist die letzte wie die aktuelle Regierung Merkel ein Desaster:

- Die Union hatte bei der Bundestagswahl 2017 etwa 8,5% ihrer Zweitstimmen von 2013 verloren und ist heute bei Umfragen unter 30% angekommen.

- Der Aufstieg der AfD hält unvermindert an, es drohen katastrophale Verluste bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen. Die CDU-Landesverbände im Osten sehen sich von der AfD unter enormen Druck gesetzt, Sachsen droht bei der nächste Wahl der Durchmarsch der ultrarechten Partei.

Verantwortlich wird parteiintern wie in der weiteren Anhängerschaft der Union die Flüchtlingspolitik der Bundesregie-

rung 2015 gemacht. Aber das ist nur ein Teil des Problems:

2. Die Wirtschaft, vertreten durch die großen Verbände und präsent als Vereinigungen von Abgeordneten innerhalb der Unionsfraktion, ist seit Beginn der Legislaturperiode unzufrieden mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Kein Zufall, dass zeitgleich mit der Abwahl Kauders, auf dem „Tag der deutschen Industrie“ der BDI-Chef diese Unzufriedenheit in Anwesenheit der Kanzlerin und ihres Wirtschaftsministers Peter Altmaier, schon als Kanzleramtschef neben Kauder die zweite Stütze des Systems Merkel, offen artikuliert.

- Der BDI, ebenso die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) fordern eine Unternehmenssteuerreform, natürlich geht es um Steuersenkungen, mehr Tempo bei der Digitalisierung, Klarheit, d.h. weniger Belastungen der Unternehmen durch Energiewende, Klima- und Umweltschutz, die Abschaffung des Soli (ganz, nicht teilweise), was mit dem Auto wird

ist unklar, – im ganzen vermisst man eine wirtschaftsdienliche Industriepolitik. Konjunkturerwartungen werden abgeschwächt, Prognosen gesenkt.

3. Die Europapolitik kommt nicht voran, das verbreitet Skepsis an der Regierung in der Bevölkerung:

- Die Brexit-Verhandlungen gestalten sich schwierig, der Vorgang belastet bereits heute die Wirtschaft und nicht nur diese, sondern viele Bereiche europäischen Lebens.

- Die Politik gegenüber China und den USA findet nicht nur Beifall, was auch mit der geschwundenen Kraft Merkels, Führung in Europa zu übernehmen und die EU mit einer Stimme sprechen zu lassen, zusammenhängen dürfte. Das Verhältnis zu Russland ist belastet und es gilt die alte Regel, dass Unfrieden mit den (globalen) Nachbarn den Handel stört und das eigene Land auf Dauer schwächt.

So haben die einen Abgeordneten, die mit Sorge den Niedergang der Union sehen, einige davon wohl aus dem Osten Deutschlands, die anderen von der Wirtschaftsfraktion, nicht ohne Mandat ihrer Verbände, sich für das Ziehen der Notbremse entschieden.

#### Womit ist nun zu rechnen?

1. Die eigentliche Krise der CSU steht noch bevor, die Bayernwahl und deren Verarbeitung, parteiintern und in Koalitionsverhandlungen, wird nicht nur personell Folgen für Berlin haben. Käme die CSU, auf dem dann erreichten niedrigeren Niveau, zu Stabilität, würde die Union insgesamt, als Fraktion im Bundestag und im Kabinett, zu neuer Stabilität finden können. Damit wären die Beziehung von Fraktion und Regierung sowie das der Schwesterparteien neu gestaltet.

2. Eine große Unbekannte ist der Koalitionspartner SPD. In einem Dauer-Umfragetief befindlich, nach dem Traumata vor der Wahl (Martin Schulz) und nach der Wahl (Koalition – Nein danke und dann doch), ist sie eine Dauerbelastung der Regierung. Angela Nahles hat sich als unfähig erwiesen, die Führung der SPD zu übernehmen, in der Affäre Maaßen agierte sie als Regierungsmitglied, nicht als Parteivorsitzende, fernab von dem, was Partei und Fraktion dabei dachten und sagten. Nichts gibt aktuell Anlass zu behaupten, die SPD könne absehbar zu neuer Stärke finden.

3. Letzte Frage: Müsste Angela Merkel Neuwahlen fürchten? Wohl nicht wirklich. Nach aktuellem Stand könnte sie, wenigstens ihre Partei, weiter regieren, in welcher Konstellation auch immer. Die einzige Gefahr würde ihr von einer rot-rotgrünen Option drohen, die bislang allerdings eine leere Drohung seitens der Meinungsforschung ist. □

## Wahlrends Bayern und Hessen

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

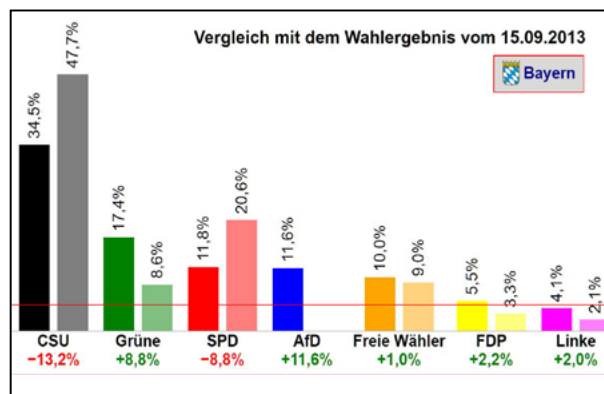
Die Ausgabe wurde am Montag, den 8.10. redaktionell abgeschlossen. (Bildschirmkopien von [www.dawum.de](http://www.dawum.de) von diesem Datum.)

Das minimale Umfrageergebnis der CSU lag in den Vorwahlwochen bei 33%. Das maximale der Linken bei 5%. Bei der Landtagswahl 2013 erzielte die CSU 47,7% und damit die Mehrheit der Mandate im Landtag. Die Linke blieb bei 2,1% stecken und verfehlte den Einzug in den Landtag weit.

Die Wahlwerbung der CSU versucht der Abwärtsbewegung durch Verweise auf gute wirtschaftliche und sozialpolitische Kennziffern zu entkommen und leistet sich einen weiteren Streit, ob die Bundespolitik, also H. Seehofer, oder die Landespolitik, also M. Söder, für die Schwäche verantwortlich ist.

Abwendung von der CSU geht mit Hinwendung zu den Grünen parallel. Die CSU-Verluste hängen mit der Kränkung von humanen und liberalen Einstellungen zusammen, die mit Dobrindts Aufruf zur „Konservativen Revolution“ programmatisch und durch die Politik Seehofers und Söders praktisch wurde. So sind z.B. Seehofers bössartige (69 Abschiebungen zum 69. Geburtstag) oder Söders höhnische Rede (Asyltourismus) mit dem christlichen Menschenbild nicht mehr vereinbar gewesen. Da geht es nicht nur um die Einstellung und Äußerungen Einzelner, es mahnen auch kirchlicher Amtsträger.

Die von der CSU in Bund und Land verstärkten illiberalen und inhumanen Bestrebungen haben zivilgesellschaftliche Gegenbewegungen ausgelöst, die sich in den letzten Wochen in sehr großen Demonstrationen etwa gegen aufgeherrschte Leitkultur, erweiterte Polizeiaufgaben und Fremdenfeindlichkeit zeigten. Die 18% für die Grünen belegen die Offenheit der Partei für christliche Milieus. Die CSU, selbst wenn sie sich im

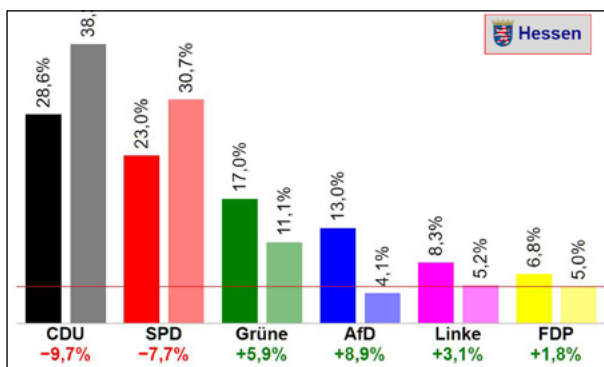


Wahlergebnis fangen sollte, wird höchstwahrscheinlich koalieren müssen. Noch scheint eine „bürgerliche“ Koalition aus CSU, Freien Wählern und FDP möglich. Und wenn nicht? Die Wunschkoalition der Wählermehrheit wäre Schwarz-Grün, die Grünen stehen bereit.

Einzelne Umfragen sehen die Linke, die bei den letzten Wahlen bei 2,1% hängen blieb, jetzt sogar knapp im bayerischen Landtag. Das Potential ist nach wie vor knapp, aber der Trend zeigt sicher aufwärts. Die instruktive und übersichtliche Webseite <https://dawum.de>, die unter common copyright zur Verfügung steht und der wir auch die beiden Abbildungen entnommen haben, berechnet einen Trend für das Wahlergebnis (siehe Abbildungen): Für die Linke Bayern mit 4,1% (LTW 2013 2,1%) und in Hessen mit jetzt 8,3% (LTW 2013: 5,2%)

Ein scheuer Blick auf die Entwicklung rot-grün-rot ergibt gegenüber dem Landtagswahlergebnis (2013) 31,3% nun 33,3 Prozent (Hessen: 47 % auf 48,3 %).

Aber selbst wenn die bayerische Linke den Einzug in den Landtag verfehlt, im Frühjahr 2020 stehen Kommunalwahlen



Hessen: Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit reicht es der Linken für den (Wieder)ezug in den Landtag.

an, und wenn es gelingt, Kandidatinnen und Kandidaten für diese Aufgaben zu gewinnen, kann die Stabilisierung der Partei in Bayern große Fortschritte machen.

Die Perspektive Rot-Grün-Rot ist auf der kommunalen Ebene bei weitem nicht unrealistisch, hier kommt auch die tatsächliche Stärke der SPD, die im Bund und Land unterbewertet wird, vor allem in den großen Städten zum Tragen. □

Datum/Institut	CSU	SPD	Grüne	AFD	Freie Wähler	FDP	Linke	Sonstige
04.10.2018 InfraTest dimap	33,0	11,0	18,0	10,0	11,0	6,0	4,5	6,5
12.09.2018 InfraTest dimap	35,0	11,0	17,0	11,0	11,0	5,0	5,0	5,0

Die Umfragen mit dem schwächsten CSU- und dem stärksten LINKE-Wert



# Das Schweizer Volk beschließt Rätoromanisch als vierte Landessprache

ALFRED KÜSTLER, STUTTGART

Am 20. Februar 1938 sagten die Schweizer Männer mit 91,6 Prozent der Stimmen Ja zum Rätoromanischen als vierter Landessprache (die Frauen erhielten erst 1971 das Stimm- und Wahlrecht). Selten ist in einer Volksabstimmung ein höheres Ergebnis erzielt worden. Sicher auch ein Ergebnis der damals nicht nur in der Schweiz verbreiteten politischen Stimmung, die eigene Identität zu zelebrieren, wie es 80 Jahre nach dem Ereignis Rico Valär, Professor für Rätoromanische Literatur und Kultur an der Universität Zürich, Verfasser von „Weder Italiener noch Deutsche!“, in einem Beitrag fürs Schweizer Fernsehen formulierte.

Dieses sehr deutliche Resultat war ein kräftiger Ausdruck der politischen Stimmung in der Schweiz gegenüber den Bedrohungen aus dem Norden und Süden durch die faschistischen Regimes in Deutschland und Italien. Die demokratische Schweiz mit ihrer Vielfalt wurde als Gegenmodell gegen die völkisch-rassistischen großen Nachbarn behauptet. Dazu ein kleiner historischer Exkurs.

Zu Beginn des Ersten Weltkriegs war die Schweiz ziemlich gespalten. Der deutschsprachige Teil sympathisierte mit dem deutschen Kaiserreich; der französischsprachige Teil mit Frankreich. Einige Armeeführer kooperierten mit dem Deutschen Reich. Die Schweiz, abhängig von der Einfuhr bei Kohle und Nahrungsmitteln und dem Tourismus, litt unter den Kriegsfolgen, zumal seit 1914 große Teile der männlichen Bevölkerung in die Armee einberufen wurden zur Grenzsicherung.

Sold gab es damals noch keinen, die bäuerliche Wirtschaft war sehr strapaziert. 1918 war die Versorgungslage katastrophal. Angeregt durch die internationalen Arbeiteraufstände riefen linke Parteien und Gewerkschaften zum Landesstreik auf, an dem sich 250 000 Arbeiter schweizweit beteiligten. Die Armeeführung überreagierte, der Streik wurde militärisch niedergeschlagen. Die Opferzahlen waren hoch, nicht in der direkten Auseinandersetzung, sondern durch die Ansteckung mit der Spanischen Grippe, 913 Soldaten starben daran, 22 000 Menschen insgesamt.

Die Stimmung vor dem Zweiten Weltkrieg war dann anders. Zwar gab es in den dreißiger Jahren Sympathisanten des Hitler-Regimes, die sogenannten Frontisten. Auch in den italienischsprachigen Teilen des Landes, im Tessin und den Bündner Südtälern, gab es Sympathi-

santen des italienischen Faschismus, vor allem unter frisch eingewanderten Italienern, aber das waren nur kleine Gruppen. Gefährlicher waren die Infiltrationen aus dem Norden. Nach der Machtergreifung Hitlers 1933 gründeten in der Schweiz niedergelassene Deutsche eine faschistische Landespartei. Deren Führer, Wilhelm Gustloff, wurde in Davos von einem deutschen Juden, der betroffen war von der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland, erschossen. Die Behörden hatten das Treiben Gustloffs toleriert, man wollte die Fremdenverkehrsinteressen nicht gefährden.

Auf die Rolle der Schweizer Regierung im Zweiten Weltkrieg soll hier aber nicht weiter eingegangen werden, je nach Kriegsverlauf gab es durchaus Tendenzen, dem Faschismus nachzugeben.

Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung lehnte den Faschismus ab. Die so-



Generalstreik 1918 in Zürich: Das Militär geht brutal vor, ein Toter und mehrere Verletzte

## „Barbacor“, „Amur sinza fin“ – Moderne rätoromanische Kultur

Die erste ausschließlich in Rätoromanisch gedrehte Komödie „Amur sinza fin“ schafft es, dass ein US-amerikanischer Vertriebs den Film weltweit vertreiben will – klar, dass die kleine rätoromanische Sprachgemeinde mächtig stolz ist. Möglich war das durch die Förderung durch Schweizer Rundfunk und Fernsehen (SRG). Auch viele andere Kulturproduktionen in Rätoromanisch wären nicht möglich ohne öffentliche Förderungen. Alleine, dass es im Fernsehen und Rundfunk Sendungen in Rätoromanisch gibt, sorgt bei vielen im Kulturbetrieb Tätigen für Beschäftigungsmöglichkeiten. Neben einer breiten Szene von Unterhaltungskultur – eher traditionell die vielen Laien-Chöre, die in den reformierten Kirchengemeinden verankert

sind, eine jugendorientierte Pop-Musik in Rumantsch, einige Kriminalromane, oft zweisprachig – gibt es durchaus auch eine ambitionierte moderne Literatur.

Chatrina Josty (1984) war Radioredaktorin und Fernsehmoderatorin, jetzt Primarlehrerin. Sie hat unter dem Titel „Barbacor – Herzkater“ kurze Prosatexte veröffentlicht, mit Titeln von A bis Z.

Als Kostprobe hier zum Buchstaben Y: „Generaziun why – Generaziun pertge? Pertge cumbatter? Nus avain gea tut, noss genitur han cumbatti per tut. Pertge sa decider? Tgi sa tge ch'è damaun? Tgi e tge che m'interessescha damaun? Pertge spargnar? Nus vulain giudair la vita. Pertge far carriera? Sch'ins chatta la ventira era senza lavur classica – genial.

### Generation why?

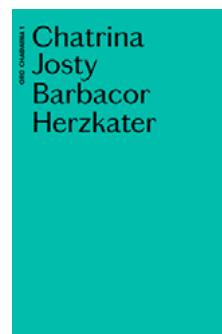
Wofür kämpfen? Wir haben ja alles, unsere Eltern haben für alles gekämpft.

Wofür sich entscheiden? Wer weiss schon, was morgen ist? Wer weiss schon, was uns morgen interessiert?

Wofür sparen? Wir wollen das Leben genießen.

Wozu Karriere machen? Wenn man auch ohne klassische Arbeit Erfolg haben kann? – Oder wenigstens glücklich ist.

Chatrina Josty, Barbacor. Herzkater, Chasa Editura Rumantscha, 2017, 18 CHF



genannte „Geistige Landesverteidigung“ propagierte den freiheitsliebenden, mit der Landschaft und dem Bauerntum verwurzelten Schweizer – vieles davon übertrieben, historisch hingebogen und aus heutiger Sicht manchmal eher komisch. Aber es war ein Gegenmodell gegen Gleichschaltung und Totalitarismus: die Schweiz in ihrer Vielfalt, mit ganz verschiedenen Facetten. In diesem Umfeld fand das Anliegen nach Anerkennung des Romanischen als vollgültiger vierter Landessprache breite Zustimmung, obwohl nur eine ganz kleine Minderheit diese Sprache benutzte (damals ca. 46 000, heute noch ca. 40 000). 1919 hatten Intellektuelle und Lehrer die Lia Rumantscha, den Dachverein zur Förderung der rätoromanischen Sprache und Kultur gegründet, vor allem mit dem Ziel, das Romanische als vierte Landessprache anzuerkennen. Dem Verein gelang es dann in den 1930er Jahren, auch in der Schweizer Bundespolitik Unterstützer zu finden. 1934 wurde im Bundesparlament ein entsprechender Antrag von Abgeordneter aller Sprachgruppen eingebracht und einstimmig befürwortet. Als dann auch noch bekannt wurde, dass Hitler und Mussolini Pläne hegten, die Schweiz unter sich aufzuteilen, und italienische Politiker das Rätoromanische als italienischen Dialekt bezeichneten, wurde unter der Parole „Weder Italiener noch Deutsche! Wir sind Rätoromanen und wollen es auch bleiben!“ die Volksabstimmung zum triumphalen Erfolg. Am 20. Februar 1938 stimmten 572.129 mit Ja bei 52.267 Nein. Auch in allen Ständen (Kantonen) gab es eine Mehrheit. In Graubünden, dem dreisprachigen Kanton, war mit nur 1.692 Nein und 21.566 Ja die Zustimmung noch höher.

Nun erfolgte auch eine deutliche finanzielle Förderung der Lia Rumantscha durch den Bund. Es dauerte allerdings noch geraume Zeit, bis die Bezeichnung von öffentlichen Einrichtungen in mehreren Sprachen durchgesetzt wurde. Heute ist das Rätoromanische in den entsprechenden Tälern Schulsprache, z.B. im Engadin (in der Schweiz entscheiden die Gemeinden darüber). Dass Rätoromanisch gefördert wird, dass es Fernsehen und Rundfunk in dieser Sprache gibt, das ist heute selbstverständlich und die staatliche Förderung wurde in mehreren Volksabstimmungen bestätigt. Das größte Problem ist heute, dass rund ein Drittel der Rätoromanisch Sprechenden nicht mehr in den Stammgebieten lebt. Aktuell gibt es z.B. in Zürich Diskussion über Rätoromanisch in entsprechenden Kindergärten und Schulen.

Peter Metz, Geschichte des Kantons Graubünden, hier vor allem Band III, seit 1914, Calven Verlag Chur, 1993



## Gewerkschaft UNIA und Mehrsprachigkeit

ROLF GEHRING, BRÜSSEL

Die Schweizer Gewerkschaft UNIA ist 2004 aus der Fusion von vier Branchen-Gewerkschaften der Privatwirtschaft, inklusive der Bau- und der Metallgewerkschaft, hervorgegangen. 56% ihrer Mitglieder sind heute keine Schweizer. Was sind ihre Erfahrungen bei der Organisation von Migranten?

War die Schweiz am Ende des 19. Jahrhunderts immer noch ein Emigrationsland, stoppte nach 1945 eine starke industrielle Entwicklung die Emigration. Ausländische Arbeiter strömten in die industriellen Sektoren. Hunderttausende von italienischen, spanischen sowie türkischen Arbeitern und später auch aus Jugoslawien und Portugal kamen in die Schweiz. In dieser Periode herrschte eine restriktivere Migrationspolitik, auch von den Gewerkschaften getragen. Migranten wurden als Gefahr für Löhne und Arbeitsplätze gesehen.

Es gab eine große Konzentration von Saisonbeschäftigten auf Baustellen. Ihre Arbeitsbedingungen und Lebensbedingungen waren oft miserabel. Tendenzen der Ausgrenzung waren damit angelegt

und augenscheinlich. Auf der anderen Seite setzt aber die Kooperation im Arbeitsprozess auch Verständigung voraus. In diesem Klima versuchte die damalige Gewerkschaft Bau und Holz die ausländischen Arbeitskräfte zu organisieren und entwickelte ein Konzept der Integration.

Einige strategische Entscheidungen brachten den Durchbruch. Die erste war, Personen aus den Heimatländern der Migranten als Gewerkschaftsfunktionäre einzustellen. Die zweite war, innerhalb der Gewerkschaft spezielle Strukturen für Migranten zu schaffen. Sie konnten sich in eigenen Interessengruppen organisieren, entweder nach Nationalität, Sprachgruppe oder auf interkultureller Basis.

Informationen der Gewerkschaft werden seither in mehreren Sprachen verbreitet. Neben den Landessprachen sind dies meist vier oder fünf weitere Sprachen. Die Interessengruppen haben Antragsrecht an die Delegiertenversammlung und den Kongress der Gewerkschaft. Sie sind in allen Leitungsebenen vertreten. Was die gewerkschaftliche Bildung angeht, werden auch spezielle Kurse für Sprachgruppen angeboten. □

## Abstimmung über Fremdsprachen in den Schulen

ALFRED KÜSTLER, STUTTGART

Am 23. September fand in Graubünden eine Abstimmung statt, ob an den Primarschulen (Klassen 1 bis 5, also für ca. 6- bis 11jährige Kinder) weiterhin zwei Fremdsprachen unterrichtet werden sollen. Eine Initiative von Lehrern und Elternvertretern wollte das reduzieren auf eine Fremdsprache wegen angeblicher Überforderung der Kinder; die Kantonsregierung und vor allem die Vertreter der italienisch- und romanisch-sprechenden Minderheiten waren strikt dagegen.

Der heutige Zustand: in Deutschbünden wird als erste Fremdsprache ab Klasse 3 Italienisch oder Rätoromanisch unterrichtet, ab Klasse 5 kommt Englisch dazu. In Romanischbünden wird als erste Fremdsprache Deutsch und dann Englisch unterrichtet, ebenso in den italienisch-sprechenden Südtälern.

Bei einem Ja zur Initiative wäre in diesen Landesteilen kein Englisch an den Primarschulen gelernt worden und in Deutschbünden nur noch Englisch und keine zweite Landessprache.

Die Abstimmung war deutlich: mit 65,8 Prozent Nein lehnten die Stimmbürger die Abschaffung der zwei Fremdsprachen ab. In den romanischen und italienischsprachigen Regionen sagten sogar 80 bis 90 Prozent Nein. Auch in anderen Schweizer Kantonen wurden seit 2010 Volksabstimmungen über Fremdsprachen an den Primarschulen abgehalten, nirgends konnten sich die Befürworter von nur einer Fremdsprache durchsetzen. Die Nein-Stimmen waren in Luzern: 58%; Zürich: 60,8%, Nidwalden: 61,7%, Baselland: 69%.

Der Sprachenfrieden hat für die Schweizer also nach wie vor eine hohe Bedeutung. □



## Inhalt

<b>Vor dem Gipfel über den Austritt Großbritanniens aus der EU</b>	2
<b>Bundesregierung und Diktator – Verletzung von Menschenrechten und Demokratieabbau stören nicht bei intensiven Geschäften</b>	3
Beziehungen der Demokratischen Föderation Nordsyriens zum syrischen Regime und mögliche Szenarien der anstehenden Idlib-Operation	
<b>Europa sozial – und gegen rechts!</b>	6
Für ein soziales und demokratisches Europa – Anforderungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften an die Parteien zur Europawahl 2019	
<b>Aktionen – Initiativen: Wir sind mehr! Eine politische Bewegung steht auf</b>	8
Professor Dr. Werner Schiffauer, Rede bei #ausgehetzt • Jetzt gilt's – Gemeinsam gegen die Politik der Angst • Essen setzt überwältigendes Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Solidarität	
<b>Hamburg ist jetzt auch „Seebrücke“</b>	9
<b>G 20: Abschlussbericht der Fraktion Die Linke*</b>	10
<b>Kommunale Politik: Lohn im öffentlichen Dienst</b>	12
Linksfraktion kritisiert Kürzungshaushalt: Hamburg. • Für soziale Gerechtigkeit und gegen Verarmung! Karlsruhe. • Kommunale Tariffahrt in Kassel • Verdi-Anhörung zu Arbeitsbedingungen am Flughafen Frankfurt • Bessere Bezahlung für Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen: Berlin. • Sachgrundlose Befristung abschaffen: Bremen. • Gerechte Vergütung abgelehnt. Schwerin. • Bessere Entlohnung für Mitarbeiter der Werkstatt für Menschen mit Behinderung. Duisburg. • „Sanierer“ soll im Klinikum die Macht übernehmen: Oldenburg.	
<b>Einkommensungleichheit in der EU</b>	13
Lohnbewegungen in der EU: Mittel- und Osteuropa holen auf	
<b>Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten</b>	16
<b>Lektürebericht: „Sozial ohne rot zu werden“</b>	16
<b>Hamburger „Kriegs-Klotz“: Ein steinerner Bezugspunkt für lebendige Aktionen</b>	18
<b>Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Flucht, Migration und die Linke in Europa“</b>	19
<b>CDU/CSU-Abgeordnete ziehen die Notbremse – wird die Fahrt der Kanzlerin weitergehen?</b>	20
<b>Bayern vor der Landtagswahl</b>	21
<b>Kalenderblatt, 20. Februar 1938: Das Schweizer Volk beschließt Rätoromanisch als vierte Landessprache</b>	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 8. November 2018. Redaktionsschluss: Freitag, 2. November. Artikelvorschläge und Absprachen über [pb@gnn-verlage.de](mailto:pb@gnn-verlage.de).  
Die weiteren Erscheinungstermine 2018: 8. November, 6. Dezember

## WELTTRENDS THEMA:

# Polens Platz in der EU

Schwerpunkt der Septemberausgabe der *Welt-trends* ist „Polens Platz in der EU“. Im einleitenden Beitrag greift Justyna Schulz auf ein literarisches Deutungsmuster zurück:

„Stolz und Vorurteil“ müssen Elisabeth und Darcy im (übrigens immer noch faszinierenden) Roman Jane Austens zur glücklichen Partnerwahl verarbeitet werden. Dr. Raimund Krämer, Chefredakteur: „Es geht auch um Polen und Deutschland. Anfang der 1990er-Jahre sinnierte man über die Perspektiven der Nachbarschaft, strategische Partnerschaft wurde deklariert. Der anfänglichen Euphorie

folgten Ernüchterung, Dissonanzen und sogar Misstrauen. Die gegenwärtige Sicht gegenüber Polen ähnelt in der deutschen Öffentlichkeit jener gegenüber der jungen Elisabeth: Polen sei nationalistisch, uneuropäisch und letztlich undankbar. Es ist deshalb für die deutsche Debatte hilfreich, wenn polnische Sichten zu strittigen Themen zur Kenntnis genommen werden und nicht alte Klischees gegenüber unseren Nachbarn im neuen EU-Gewand weitergepflegt werden.“ Hier nun ein Auszug aus den Inhaltsverzeichnis, ergänzt um die originalen Vorspanntexte.



Die Zeitschrift kostet im Jahresabo (12 Ausgaben) elektronisch 34 Euro, print 48 Euro. Im Web-Shop können auch einzelne Ausgaben bezogen werden. <https://shop.welttrends.de/e-journals/2018-polens-platz-in-der-eu> Das PDF kostet dann 3 Euro.

## Paradigmen Wechsel?

Polen in der Europäischen Union  
Justyna Schulz

In den 1990er-Jahren sprachen Polen und Deutschland von einer „Interessengemeinschaft“. Heute reagiert man in Deutschland mit Unverständnis auf die politischen Entscheidungen in Polen. Dabei wird der in Polen stattfindende Wandel hin zu mehr politischen Handlungsspielräumen verengt und verzerrt wahrgenommen. Wie kommt es dazu und was bedeutet das für die Entwicklung der Europäischen Union?

## Ein neuer Anfang?

Polens Elite und die polnische Außenpolitik  
Krzysztof Malinowski

Die Atmosphäre in den deutsch-polnischen Beziehungen scheint sich zu entspannen. Dazu trugen auch die Besuche von Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Maas in Warschau bei. Allerdings sind die polnischen politischen Eliten nach wie vor auf der Suche nach einem tragfähigen Konsens, was Polens Rolle innerhalb der EU sowie die Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen betrifft.

## Die umstrittene Justizreform in Polen

Magdalena Bainczyk

Seitdem eine Justizreform durch die PiS-geführte Regierung verabschiedet wurde, gibt es in Polen und Europa eine heftige Debatte über die mögliche Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien. Der Beitrag stellt Verlauf und Hintergründe der verschiedenen Positionen detailliert vor.

## Die katholische Kirche in Polen und die „Flüchtlingsfrage“

Pawel Stachowiak

Die Flüchtlinge und Migranten, die in den letzten Jahren nach Europa gekommen sind, stellen eine Herausforderung für die katholische Kirche in Polen dar. Erstmals wurde die Kirchenhierarchie von Kreisen offen angefochten, die bisher eine Bastion des traditionellen polnischen Katholizismus zu sein schienen. Diese Diskrepanz steht in engem Zusammenhang mit breiteren Säkularisierungsprozessen.

## Spaltung verhindern!

Polen und die deutsch-französische Euro-Debatte

Karol Janos und Jacek Kubera

Haben Merkel und Macron eine gemeinsame Vision von Europa? Reicht der politische Willen, der jüngst in Meseberg verkündet wurde, aus, um die strukturellen Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich abzubauen? Und welche Rolle sollen bei den strategischen Plänen für ein Kerneuropa Polen und andere mitteleuropäische Staaten spielen? Das fragt man sich heute in Polen mit großer Besorgnis. Dabei stellen die Autoren größere Gemeinsamkeiten zu Deutschland als zu Frankreich fest.

## Meine jüdischen Eltern, meine polnischen Eltern

Eine Ausstellung im Landtag Brandenburg

Holger Politt